

Das Erdöl und Erdgas aus dem Osten

Zur Geschichte der russischen und sowjetischen Energie- wirtschaft

Detlef Bimboes

Inhalt

- | | |
|--|-------|
| 1. Zusammenfassung | S. 2 |
| 2. Konfliktregion Kaukasus und Kaspisches Meer | S. 3 |
| 3. Energiepolitik bis zum Ende der Sowjetunion | S. 8 |
| 4. Neue politische Ausgangslage und weltwirtschaftliche Bedeutung
der Energievorräte in der kaspischen Region | S. 11 |
| 5. Krieg, Kriminalität und Chaos im Kaukasus | S. 19 |
| 6. Katzenjammer, Pipelinepoker und angeschlagenes Transportmonopol
Rußlands | S. 27 |
| 7. OSZE stärken - die Konfliktsituation entschärfen | S. 28 |
| 8. Nachtrag - Aktuelle Entwicklungen nach der Wahl von Wladimir Putin
zum neuen Präsidenten Russlands | S. 31 |
| 9. Literatúrauswahl | S. 32 |

1. Zusammenfassung

Der Zusammenbruch der Sowjetunion, das Ende des Stillstands der bipolaren Nachkriegsordnung und der Übergang zur Globalisierung haben zu gefährlichen politischen Entwicklungen am Kaspischen Meer und im Kaukasus geführt. Es ist ein alter Krisenherd, der in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder von Konflikten und Kriegen um politische Vormacht, Wirtschafts- und Handelsinteressen erschüttert worden ist. Hier kämpften in der Vergangenheit das türkische, persische und russische Reich um Macht und Einfluß. Die russische Eroberung Mittelasiens verstärkte die das gesamte 19. Jahrhundert bestimmende Rivalität zwischen dem russischen und britischen Imperialismus. Seit über 100 Jahren richten sich die Interessen auf die Ölförderstätten in dieser geopolitisch brisanten Region. Vergeblich versuchte England hier nach der Oktoberrevolution wieder Fuß zu fassen. Dann scheiterte Deutschlands Griff nach dem Öl im II. Weltkrieg. Nach dem Ende der Sowjetunion ist die Region erneut dem Zugriff der weltweit führenden kapitalistischen Industrieländer ausgesetzt¹⁾. Internationale Energiekonzerne sind präsent. Die Europäische Union, aber vor allem die USA und die NATO beginnen erfolgreich ihren Einfluss auszubauen. Die USA wollen Russland aus der Region verdrängen und den Iran bislang immer noch isolieren. Die Europäische Union strebt dagegen mehr Zusammenarbeit mit Russland und dem Iran an.

Seit dem Machtwechsel von Jelzin zu Putin beginnt sich die russische Politik grundlegend zu wandeln. Das betrifft auch jene in der kaspischen Konfliktregion. Inzwischen ist das russische Pipelinenetz wieder für alle mittel- und zentralasiatischen Länder offen. Seitdem beginnt der amerikanische Einfluß merklich abzunehmen. Es bleibt abzuwarten, ob die jüngsten Entwicklungen zu einem dauerhaften, friedlichen Ausweg aus den Konflikten führen.

Ein alter Krisenherd hat erneut zu schwelen begonnen. Der folgende Beitrag gibt einen historischen Überblick und faßt die aktuelle Entwicklung zusammen.

2. Konfliktregion Kaukasus und Kaspisches Meer

Ethnischer Flickenteppich durch Hunneneinfall und Mongolenherrschaft

Bereits ein kurzer Blick in die Tagespresse zeigt, dass nicht nur auf dem Balkan ethnisch gesäubert, vertrieben und gemordet sowie Krieg und Bürgerkrieg um territoriale, religiöse und nationale Ansprüche geführt wird. Die ganze Südflanke der ehemaligen Sowjetunion, der Kaukasus, Mittelasien, Innerasien (Mongolei) und auch das nordwestliche China stehen immer wieder mit ähnlichen Schlagzeilen in den Medien.

Die Mehrzahl der Konflikte liegt auf jenem geografischen Gürtel von China bis zum Mittelmeer, auf dem die Völkerschaften Asiens - Hunnen, Mongolen, Turkvölker - ihren Weg nach Westen suchten und Europa erobern wollten. Von Zentralasien und Nordsibirien ausgehend, zieht sich dieser Völkerweg über die kaspischen (zwischen Kaspischem Meer und Ural) und pontischen Steppen (nördlich des Kaukasus und des Schwarzen Meeres) bis nach Ungarn zum linken Donauufer hin. Weiter östlich war das Vordringen weitgehend durch die undurchdringlichen Wälder Russlands versperrt. Die Hunnen, ab dem 2. Jahrhundert. n. Chr. unterwegs, lösten die Völkerwanderung aus. Im 12. Jahrhundert n. Chr. folgten ihnen die Mongolen. Beide Herrschaftssysteme zerstörten zahllose sesshafte Kulturen Asiens, des Orients und Russlands. Millionen Menschen flüchteten. Der Niedergang der mongolischen Schreckensherrschaft hinterließ den Steppengürtel und Südosteuropa als nicht mehr auftrennbaren ethnischen Flickenteppich. Es blieb fortan eine immer von Spannungen und Krisen durchzogene Region.

Russlands Außenwirtschaftspolitik und seine Feindschaft mit der Türkei und Persien

Den Gegnern ging es um die Aufteilung des Erbes Dschingis Chans. Nachdem das Russische Reich an Gestalt und Größe gewonnen hatte, wurde es allmählich zum Konkurrenten des Osmanischen Reiches. Das Osmanische Reich beherrschte das Schwarze Meer und erstreckte sich über die Krim bis weit in den Kaukasus hinein. Keine andere Nation durfte im Schwarzen Meer Schifffahrt betreiben. Die Türkei kontrollierte damit den gesamten, profitablen Warenhandel von und nach Russland, den Kaukasus, in die Donauländer hinein und nach Persien. Die Geschichte des russisch-türkischen Gegensatzes im 17., 18. und 19. Jahrhundert entlud sich in einer endlosen Reihe blutiger und grausamer Kriege, in deren Verlauf die Türkei mehr und mehr Gebiete an Russland abtreten musste.

Parallel dazu führte Russland Kriege gegen Persien. Unter dessen Oberherrschaft stand die westliche Küste des Kaspischen Meeres einschließlich Baku. Die Außenpolitik Russlands führte zwischen 1774 - 1784 zur Eroberung der Krim (und eröffnete den Zugang zum Schwarzen Meer mit der Hafenstadt Odessa als unersetzlichem Tor zur Welt), Kaukasiens und der westlichen Küste des Schwarzen Meeres. Maßgeblich für sämtliche Eroberungen waren wirtschaftliche Gründe. Zum einen wollte ein tonangebender Teil des russischen Adels über das Schwarze Meer am Weltgetreidehandel im Mittelmeerraum teilnehmen. Schließlich lagen die besten Ackerböden im Schwarzerdegebiet nicht all zu weit vom Schwarzen Meer entfernt. Zum anderen wurden am Kaspischen Meer Stützpunkte für den Güteraustausch mit

Asien für unverzichtbar erklärt und daher gegründet. Erklärtes Ziel war die Entwicklung des Außenhandels nach Osten über die Seidenstraße. In der Gegend des Kaspischen Meeres und des Kaukasus war der russische Außenhandel stets durch persisch-türkische Kriege, örtliche Fehden und Unruhen sozialen Charakters gefährdet. Erst der Frieden von Gulistan im Jahre 1813 beendete diese Gefahren²⁾.

Bei der Eroberung der westlichen Küste des Kaspischen Meeres im persisch-russischen Krieg von 1722 - 1723 stieß Russland erstmals auf das Öl in der Umgebung von Baku³⁾.

Die natürlich austretenden Erdöl- und Erdgasquellen von Baku und der Halbinsel Apscheron auf der Westseite des Kaspischen Meeres - und damit in Aserbeidschan gelegen - standen bereits bei Arabern und Persern in hohem Ansehen, bevor europäische Reisende sie überhaupt zu Gesicht bekamen und darüber berichteten. In diese Gegend, wo nach arabischen Angaben immerwährende Brände die Luft erhitzen, hatte sich ein Teil der Feueranbeter nach ihrer Vertreibung aus dem persischen Kernland zurückgezogen⁴⁾. Über den Feuern errichteten sie Tempel, deren Ruinen noch heute zu sehen sind. Genauere Kenntnis über die Öl- und Gasvorkommen gelangten erst durch Forschungsreisende im 17. Jahrhundert nach Europa.

Die verschiedenen, aus natürlichen Quellen austretenden Erdölbestandteile dienten seit alters her im wesentlichen für Heizung und Beleuchtung. Bereits jene bescheidenen Verwendungszwecke bescherten einen einträglichen Handel. Diesen versuchte sich bereits Zar Peter der Große zunutze zu machen. Daraus wurde aber nichts, da das Gebiet bald wieder an Persien zurückfiel. Die Begehrlichkeiten blieben jedoch, genährt durch den einträglichen Erdölhandel (ca. 5 to/Monat!) des Khans von Baku. Das gab mit den Ausschlag dafür, die Gebiete am Kaspischen Meer dann im Zuge der Sicherung stabiler Handelswege endgültig und gewaltsam persischer Kontrolle zu entreißen.

Russlands Eroberung des Kaukasus zur Sicherung seiner Handelswege

Der Handelsverkehr war immer wieder durch Raubzüge der Bergvölker und Steppenbewohner gefährdet. Mit besonderer Härte und Grausamkeit führte Russland daher von Ende des 18. Jahrhunderts bis ca. 1870 einen fast achtzig Jahre (!) währenden Krieg gegen die Bergvölker des Kaukasus^{5,6,7)}. Hier stieß Russland auf eine bis auf den heutigen Tag und auf der Erde einzigartige ethnische Vielfalt mit über 50 Gruppen. Diese Vielfalt entstand wohl dadurch, daß der Kaukasus in den Wirren von Völkerwanderung und Mongolenherrschaft den Menschen aufgrund seiner Unzugänglichkeit als relativ sicheres Rückzugsgebiet diente. Die sprachliche Vielfalt war - wie in anderen Gebirgen auch - mit einer Fülle an archaischen Sitten und Bräuchen verbunden. Beides ist vor allem auf die geografischen Gegebenheiten zurückzuführen. Sie führten zu einer Isolierung der einzelnen Gemeinschaften. Die Ethnien unterschieden sich zudem in den Wirtschaftsformen und ihrer Organisation des sozialen und politischen Zusammenlebens. Ganz überwiegend gemeinsam war ihnen die sunnitische Glaubensrichtung des Islam.

Russlands Baumwollinteressen - Eroberung von Mittelasien und wachsende Rivalität mit England

Russland hatte an seiner Südflanke nicht nur das Osmanische und Iranische Reich zum Gegner. Seit der Einverleibung Turkestans (=Mittelasien, d. h. im wesentlichen die Gebiete von Turkmenien, Usbekistan und Tadschikistan) wuchs die Rivalität mit England. Der Eroberung Turkestans, die erst 1886 völlig abgeschlossen werden konnte, lagen wieder in erster Linie handelspolitische Motive - nämlich Exporte von Baumwollgewebe - zugrunde. Russland wurde damit zusehends zum kolonialen Konkurrenten Englands in Asien²⁾. Diese Interessenkollision verstärkte den das gesamte 19. Jahrhundert bestimmenden Gegensatz zwischen dem russischen und britischen Imperialismus. Verharmlosend wird auch von dem „great game“ der beiden Konkurrenten gesprochen.

Russlands Niederlage im Krim-Krieg und das Ölfieber in Baku

Das Erdöl wurde für Russland erst nach dem Ende des Krim-Krieges, also nach 1856, von immer größerer wirtschaftlicher Bedeutung⁸⁾.

Das Krim-Debakel offenbarte schonungslos die Rückständigkeit Rußlands in Verwaltung, Wirtschaft und Armee. Die Modernisierung des Zarenreichs wurde unausweichlich. Sie wurde mit einer erfolgreichen Industrialisierung verbunden. Rußland verwandelte sich in ein Treibhaus des Kapitalismus. Zu dem rasanten Umbau der russischen Wirtschaft trugen wesentlich Kapitalimporte (insbes. privates Aktienkapital und Anleihen) und Erlöse aus Agrarexporten bei. Größter Kapitalexporteur war Frankreich, gefolgt von Großbritannien, Deutschland und Belgien.

Die russische Regierung erkannte schnell die Bedeutung des Erdöls für den Staatshaushalt. Das aus dem Erdöl gewonnene Petroleum war als Lampenöl begehrt. Ein riesiger Binnen- und Exportmarkt stand bereit. Die Petroleumlampe hatte in Rußland und Europa wie auch in den USA zu einer Umwälzung im öffentlichen und privaten Leben geführt, durchaus z. B. mit der des Kühlschranks vergleichbar. Bereits 1873 gab es in Baku nicht weniger als 23 Raffinerien. Größtes Problem für den Absatz der Produkte war jedoch die fehlende Anbindung Bakus an den südrussischen Markt und den Welthandel.

Deshalb entstand die transkaspische Bahnlinie zwischen Baku und Batum am Schwarzen Meer. Sie wurde zwischen 1883 und 1886 durch private Investoren gebaut und danach von diesen betrieben. Erst 1889 wurde die Bahn dann vom Staat übernommen. Sie war nicht nur von großer wirtschaftlicher Bedeutung (ab 1906 noch verstärkt durch eine parallel verlaufende Erdölleitung), sondern sie verstärkte auch den russischen Einfluß in Aserbeidschan und besaß zugleich militärische Bedeutung. Rußland hatte hier nicht nur das Osmanische und Iranische Reich zum Gegner, sondern zugleich wuchs auch seit dem Jahre 1864 die Rivalität mit England.

Im Jahr der Fertigstellung der Bahnlinie - 1883 - konnten bereits über 200 000 to Rohpetroleum verarbeitet werden. Vor allem mitbefördert durch den Bau einer modernen Ölraffinerie durch die schwedischen Brüder Robert und Ludwig Nobel. Der nun gegebene Zugang zu den russischen und internationalen Absatzmärkten war die Stunde des Einstiegs für Banken und Firmen. Alle wollten am Erdölboom teilhaben. Besonders gelang das dem französischen Ban-

kier Rothschild. Erleichtert wurde sein Kommen durch die sich rapide verschlechternden Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Er konnte neben der Fa. Nobel am meisten vom russischen Erdöl profitieren. Rothschild gehörte bald die mächtige Ölgesellschaft „bnito“ mit den ergiebigsten Konzessionen um Baku. Beide Konzerne standen viele Jahre in Westeuropa in scharfer Konkurrenz zum Imperium Rockefellers, der Standard Oil. Große Konkurrenz umgab auch die Geschäfte in der Region von Baku. Nur wenige Ölmonopole - darunter die von Nobel und Rothschild - blieben übrig. Sie kontrollierten zu siebzig Prozent die Exportgeschäfte. Rußland wurde so kurzzeitig, beherrscht von westeuropäischem Kapital, zwischen 1898 und 1901 zum größten Ölzentrum der Erde. Die Kehrseite bildeten Raubbau an Ressourcen, Umweltzerstörung und unerträgliche Arbeits- und Lebensbedingungen in den Erdölfördergebieten. Selbst die spärlichen Schutzbestimmungen der russischen Fabrikgesetzgebung hatten hier keine Geltung. Baku wurde deshalb zu einem der revolutionären Zentren der russischen Arbeiterbewegung²⁾. Es war zugleich eine der Stationen auf dem Weg zum politischen Aufstieg des Georgiers Josef Stalin⁹⁾.

Öl wurde wirtschaftlich immer wichtiger. Überwog bis etwa 1890 noch der Verbrauch für Lampen, so änderte sich das bis 1920 dramatisch. Um die Jahrhundertwende war zwar der kurze Boom der Petroleumbeleuchtung durch die Glühlampe wieder vorbei. Parallel dazu nahm aber bereits seit längerem die Bedeutung von Erdölprodukten als Kesselbrennstoff und Schmierstoff zu. Und wenig später wuchs der Verbrauch durch die beginnende Motorisierung des Verkehrs gewaltig. Um den Absatz steigern zu können, hatte sich der Bankier Rothschild in kluger Voraussicht bereits Jahre zuvor mit einer englischen Tankdampfer- und Handelsgesellschaft verbunden. Es war die Shell Transport und Trading Company, ein Tochterunternehmen der Royal-Dutch-Shell-Gruppe. Diese Verbindung wie auch die mit der Firma Samuel, einem großen Exporteur russischen Erdöls, sollte sich für den Konzern auszahlen. Die Firma Samuel hatte den Zugang zu den Märkten in Asien und steuerte ganz nebenbei auch das Firmenlogo, die „Perlmuschel“ bei. Von da an war der Aufstieg zum Welterdölkonzern und großen Gegenspieler der Standard Oil Company nicht mehr aufzuhalten. Zwischen beiden Konzernen entbrannte ein jahrzehntelanger Kampf um die Aufteilung und Ausbeutung der weltweiten Erdölvorräte. Der Royal-Dutch-Shell-Konzern wurde erst 1998 von seiner Stellung als Nr. 1 der Welterdölkonzerne entthront, als sich Exxon und Mobil zusammenschlossen. Eine Ironie der Geschichte. Nun ist wieder zusammengewachsen, was einst zusammengehörte. Exxon und Mobil waren Teil der Standard Oil bis zu ihrer Zwangsentflechtung in den USA im Jahre 1911. Die Standard Oil war bis dahin zum mächtigsten Ölimperium der Welt aufgestiegen.

Öl als Treibstoff für die englische Kriegsmaschinerie

Die Geschäftspolitik der Royal-Dutch-Shell-Gruppe wurde schon bald zunehmend durch handfeste Interessen der englischen Weltmacht bestimmt. So hatte bereits 1882 der britische Admiral Fisher - um die Jahrhundertwende maßgeblich an der britischen Öl- und Kriegspolitik beteiligt - die britische Regierung auf die Bedeutung von Öl für die Kriegführung hingewiesen. Just zu einem Zeitpunkt, als sich kommende Kriege um Kolonien und eine Neuaufteilung der Welt zwischen den aufsteigenden imperialistischen Staaten in Europa ankündigten¹⁰⁾.

Die Verfeuerung von Öl anstatt Kohle passte bestens zu solchen Strategien. Sie ermöglichte einen größeren Aktionsradius der Schiffe und bedeutete weniger Bedienungspersonal und Bunkerraum. Zugleich konnte die Übernahme von Brennstoffen auf Schiffe beschleunigt werden. All das erhöhte nicht nur die Kampfkraft der britischen Kriegsflotte, sondern auch die der anderen Großmächte. Seit Beginn der 1890er Jahre bauten alle Großmächte Schlachtflotten auf. Um die Rohstoffbeschaffung für die englische Kriegsflotte sicherstellen zu können, kaufte der Royal-Dutch-Shell Konzern 1912 die Rothschild'schen Besitzungen am Kaspischen Meer. Damit hatte englisches Kapital die Vorhand in diesem Gebiet. Englische Konzerne hatten bereits ab 1896 erhebliches Gewicht am Ölgeschäft der Region gewonnen. Parallel dazu hatte sich England schon mit großen Geldmitteln an der Erschließung der persischen Ölfelder durch die Anglo-Persian-Oil Company (APOC) beteiligt. Wenige Wochen vor Ausbruch des I. Weltkrieges bemächtigte sich die englische Regierung dann der südpersischen Ölproduktion, indem sie die Aktienmehrheit der APOC erwarb. Parallel dazu war mit der Britischen Admiralität unter Leitung von W. Churchill ein langfristiger Vertrag über die Lieferung von Heizöl für die Kriegsmarine abgeschlossen worden. Das Öl verhalf den Alliierten zum Sieg über Deutschland und seine Verbündeten. Lord Curzon im November 1918: "Die Alliierten wurden von einer Erdölwelle zum Sieg getragen.....". Entscheidend für die Siege im Landkrieg waren Mobilität und Flexibilität von Lastwagen und erstmals eingesetzte Panzer.

Oktoberrevolution, Bürgerkrieg und englische Ölinteressen

Nach der Oktoberrevolution von 1917 entstand eine neue Situation für westliche Ölinteressen. Hinzu kamen der Frieden von Brest-Litowsk zwischen Rußland und den Mittelmächten und die beginnenden Kämpfe zwischen Anhängern und Gegnern der Revolution. Nichts beunruhigte die alliierten Gemüter hier so sehr wie das Gespenst einer deutsch-russischen Zusammenarbeit unter gemeinsamen roten Führern. Die revolutionären Erhebungen in Deutschland vom November 1918 bis zum Februar 1919 erregten Besorgnis¹¹⁾. England unterstützte deshalb den antibolschewistischen Widerstand in Rußland. Bereits zuvor hatten England und Frankreich 1916 in einem Geheimabkommen ihre Interessensphären abgegrenzt. Danach gehörte der gesamte Kaukasus und das transkaspische Gebiet zum englischen Einflußgebiet. Deshalb besetzten englische Truppen unter Führung von General Dunsterville zwischen 1918 und 1920 die Stadt Batum am Schwarzen Meer und Baku am Kaspischen Meer. England und die Entente hatten hier viel zu verlieren. Insgesamt 68 britische Firmen hatten hier 21,6 Mio Pfund, alle Unternehmer der Entente rund 40 Mio Pfund investiert. Das angrenzende Persien war durch England bereits mit Ausbruch der Oktoberrevolution besetzt worden, um seine strategischen Interessen zu sichern. Persien sollte die Basis für den britischen Angriff auf den Kaukasus und Turkestan bilden. Unter dem Eindruck der Rückeroberung des Kaukasus und des Fernen Ostens durch die Rote Armee sowie dem Freundschaftsvertrag zwischen Rußland und der Türkei in 1920 zog sich England aber aus Aserbeidschan auf persisches Gebiet zurück. Dort behielt England als Mehrheitsaktionär an der APOC (die ab 1935 dann Anglo-Iranian Oil Company und seit 1954 BP hieß) einen zentralen Wirtschaftszweig über Jahrzehnte in seiner Hand.

Auch Deutschland unternahm übrigens noch kurz vor der Niederlage im Ersten Weltkrieg einen ersten Anlauf, um Zugang zu den Bodenschätzen und dem Erdöl Transkaukasiens zu

erhalten. Und zwar über den Weg als Protektoratsmacht des unabhängigen Georgiens, das damals sozialdemokratisch regiert wurde^{11a)}.

Nachdem die Rote Armee die kaukasischen Ölfelder zurückerobert hatte, wurde die gesamte Ölindustrie verstaatlicht. Westlichen Forderungen nach Reparationsleistungen kam man nicht nach. Ölkonzessionen, die zur Beschaffung von Kapital und Technik dienen sollten, wurden zwar angeboten, konnten aber wegen des Drucks der USA und ihrer Erdöllobby auf der Haager Konferenz 1922 nicht genutzt werden. Letztlich hat sich damit die Standard Oil gegen ihre europäischen Konkurrenten durchsetzen können. Ab Herbst 1923 änderte sich die Lage. Rußland bot Erdöl auf dem Weltmarkt an. Die zerstörte Wirtschaft brauchte dringend Devisen. Und alle kauften. Von der italienischen und französischen Kriegsflotte über die Standard Oil of New York bis zu Shell. Der Shell-Konzern unterstützte zugleich massiv antisowjetische Exilkreise. Er gab erst 1929 seine Kampfstellung gegenüber der Sowjetunion auf. Just zu einem Zeitpunkt, als sich amerikanische Ölfirmen - mit Rockefeller an der Spitze - erfolgreich um günstige Lieferverträge mit der Sowjetunion bemühten³⁾.

Der Verkauf sowjetischen Öls sank dann aber aufgrund des hohen Eigenbedarfs rapide bis zum Beginn des II. Weltkrieges. Erst Ende der fünfziger Jahre meldete sich die Sowjetunion wieder auf dem europäischen Erdölmarkt zurück.

3. Energiepolitik bis zum Ende der Sowjetunion

Die kaspischen Ölfelder als strategisches Kriegsziel Hitler-Deutschlands

Der sowjetischen Regierung war im II. Weltkrieg klar, wie verwundbar sie im Kaukasus war. Erklärtes Kriegsziel Hitlers war es, die Ölquellen um Baku und Grosny zu erobern, Rußland von der Ölversorgung abzuschneiden und das Öl an sich zu reißen. Die Ölgebiete um Baku deckten 1940 ca. 70 Prozent des Ölbedarfs. Im Verlauf der Sommeroffensive 1942 gelang es dem 40. Panzerkorps der Wehrmacht, zeitweilig bis auf 80 km an das Kaspische Meer vorzustoßen. Unterstützt wurde der Vormarsch durch Kosakenschwadronen und kaukasische Freiwilligenverbände, die sich der Wehrmacht angeschlossen hatten. Gebirgsjäger bestiegen im August 1942 - als Symbol des Sieges - den Elbrus, den höchsten Berg des Kaukasus. Die Ölfelder von Grosny in Tschetschenien wurden von der SS-Division Wiking in Brand gesteckt und die hier noch verbliebenen Ölraffinerien und Ölvorräte sind vom Luftwaffengeschwader Richthofen zerstört worden. Die Sowjetunion hatte diese Gefahren vorausgesehen, die Ölproduktion teilweise eingestellt, große Teile der Anlagen demontiert und in das Wolga-Ural-Gebiet („Zweites Baku“) verlagert. Dort waren große Ölvorkommen entdeckt worden. Sie konnten aber erst nach und nach verstärkt genutzt werden. Versorgungsengpässe im Kriege wurden teilweise durch die USA behoben. Als Verbündete lieferten sie mehrere Ölraffinerien und beträchtliche Mengen an Ölprodukten.

Erst Mitte der siebziger Jahre konnte das Wolga-Ural-Gebiet und die ab Mitte der sechziger Jahre hinzu gekommenen Ölreviere in Westsibirien über 70 Prozent an der gesamten Ölförderung sicherstellen^{12,13)}. Demgegenüber verlor das kaukasische Erdöl an Bedeutung. Bereits nach dem 2. Weltkrieg zeigten die alten, landseitigen Fördergebiete immer deutlichere Anzei-

chen der Erschöpfung. Die gewaltigen, unter dem Boden des Kaspischen Meeres verborgenen Öl- und Gasschätze konnten bis zum Ende der Sowjetunion nur begrenzt erforscht und genutzt werden. Zudem beschränkte veraltete Fördertechnik die Nutzung. Die Investitionen blieben außerdem auf Sibirien konzentriert.

Die gefährliche Affäre im Nordiran

Die Sowjetunion hatte sich unmittelbar nach dem II. Weltkrieg in eine schwierige Lage im Nordiran manövriert. Der Iran war im Kriege jeweils zur Hälfte von England und der Sowjetunion besetzt worden. Dabei wurde den Sowjets deutlich, welche Ölvorkommen auf dem von ihnen besetzten Landesteil liegen könnten. Das Interesse daran war groß, weil noch nicht ganz klar war, wie sich die Förderung im Wolga-Ural-Gebiet entwickeln würde. Die Sowjetunion hatte sich zwar bereits aus dem Iran bis auf Persisch-Aserbeidschan zurückgezogen. Sie verlangte aber Gegenleistungen für den völligen Abzug nach dem Krieg. Sie wurden von der iranischen Regierung auch akzeptiert. Danach mußte der Iran zum einen die Autonomie von Persisch-Aserbeidschan (hier hatten die Sowjets und die kommunistische Tudeh-Partei beträchtliche Unterstützung in der Landbevölkerung und bei den Kurden gefunden) anerkennen. Zum anderen wurde eine sowjetisch-persische Gesellschaft zur Ausbeutung der Erdölvorkommen im Nordiran gegründet. Daran sollten der sowjetischen Regierung 51 Prozent und der iranischen Regierung 49 Prozent der Aktien gehören. Obwohl England es genauso in Persien machte, war es doch nicht dasselbe. Auf massiven Druck Englands und Amerikas zog sich die Sowjetunion aus dem Iran zurück, die autonome Region wurde unter Regie der USA militärisch zerschlagen und die Verträge rückgängig gemacht³⁾.

Die Ölpolitik der Sowjetunion nach dem II. Weltkrieg

Nach dem II. Weltkrieg hat auf der ganzen Welt Erdgas neben Erdöl praktisch gleich große Bedeutung gewonnen. Die verstärkte Förderung von Erdgas in den fünfziger Jahren im Nordkaukasus und neue Ölfunde haben insbesondere für die Entwicklung in Dagestan und Tschetschenien beträchtliche Bedeutung gehabt. In den mittelasiatischen Republiken wurden Ende der fünfziger Jahre große Erdgaslagerstätten - in etwa zeitgleich dazu auch große Erdölvorräte - entdeckt und genutzt. Inzwischen sind viele weitere, bedeutende Erdöl- und Erdgasfunde in der kaspischen Region hinzugekommen. Um die Energierohstoffe nutzen zu können, hat die Sowjetunion ein weit verzweigtes Pipelinennetz gebaut. Es erstreckte sich auch in die übrigen Staaten des damaligen Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Später war es sogar an das westeuropäische Netz angeschlossen. Über das Netz wurde selbst Gas aus dem Iran und Afghanistan importiert. Von besonderer Bedeutung waren die Pipelines aber für den Export von billigem Erdöl, mit dem sich die Sowjetunion Devisen aus den kapitalistischen Ländern beschaffte. Die Pipelines ersetzten vor allem die fehlende Tankerflotte und halfen mit, daß weniger Aufträge für Öllieferungen an ausländische Tankschiffe vergeben werden mußten. Mit dem Öl versorgte sich die Sowjetunion aber nicht nur mit Devisen. Zugleich unterstützte sie auch blockfreie und aus dem Schatten des Kolonialismus heraustretende Entwicklungsländer. Beides stieß in den sechziger Jahren auf den erbitterten Widerstand der internationalen

Ölkonzerne und der kapitalistischen Staatengemeinschaft, allen voran die USA. Verluste an Profiten und politisch-wirtschaftlichem Einfluß auf die Entwicklungsländer drohten. Ungeachtet dessen begannen sich gleichzeitig auf anderen Feldern die Wirtschaftsbeziehungen zwischen vielen kapitalistischen Staaten und Osteuropa zu vertiefen. In den Sog der Auseinandersetzungen geriet dabei ganz besonders die bis dahin größte Ölleitung der Welt, „Drushba“ („Freundschaft“) genannt. Diese Ölleitung reichte von den Ölfeldern des Wolga-Ural-Gebietes bis nach Schwedt an der Oder und versorgte neben der DDR auch die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen kostengünstig mit Erdöl. Sie diente sowohl einer tiefergehenden Arbeitsteilung bei der Gewinnung von Roh- und Brennstoffen als auch der verbesserten wirtschaftlichen Integration der einzelnen osteuropäischen Länder in den damaligen Staatenverbund des RGW¹⁴⁾. Europäische und japanische Firmen lieferten den Sowjets hierfür Stahlrohre. Unter den europäischen Firmen befanden sich auch westdeutsche und schwedische Unternehmen. Ende November 1962 nahm der NATO-Rat eine geheime Resolution an, die Lieferung von Stahlrohren an die Sowjetunion einzustellen. Damit sollte die Sowjetunion nicht nur in ihrer Außenwirtschaftspolitik, sondern zugleich insgesamt auch die interne Entwicklung der osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft RGW behindert werden. Die Regierung Adenauer kam der Resolution der NATO nach. Die Folge war ein politisch sehr umstrittener Lieferstopp für die deutschen Firmen Mannesmann, Rhestahl und Hoesch. Die Fertigstellung der Pipeline konnte aber nur verzögert werden. Im Jahre 1964 war die „Drushba“ in vollem Betrieb und konnte die inzwischen fertiggestellte Öltraffinerie Schwedt an der Oder beliefern. Damit konnte sich die DDR zugleich der lange währenden Boykottpolitik zahlreicher westlicher Ölgesellschaften wie des US-Konzerns Standard Oil entziehen¹⁵⁾. Die westlichen Industriestaaten merkten deshalb bald, daß das Röhrenembargo wenig genutzt hatte. Deshalb wurde es am 10. November 1966 wieder aufgehoben. Die Geschäfte begannen sich fortan zu normalisieren. Bereits 1970 erreichte die Ausfuhr an Erdöl etwa ein Drittel der sowjetischen Gesamtförderung.

Die USA blieben aber weiterhin auf Konfrontationskurs. In der Ära Gorbatschow setzte die Reagan-Administration den internationalen Ölpreis erfolgreich als Waffe ein, um der Systemalternative eines reformierten Sozialismus jede Chance zu nehmen. Mit der Entdeckung der riesigen Erdgasfelder von Urengoi in Westsibirien war die Sowjetunion zur Nr.1 der Erdgasproduzenten auf der Welt geworden. Das allein hatte die USA bereits beunruhigt. Und nun wollte Gorbatschow auch noch seinen ersten Fünfjahresplan samt Wirtschaftsreform mit dem Verkauf des Gases finanzieren. Jährliche Einnahmen von 60 Mrd. Dollar basierten auf einem Ölpreis von 34 Dollar pro Barrel. Bei Veröffentlichung des Fünfjahresplanes war der Ölpreis auf unter 20 Dollar pro Barrel gefallen. Ein gezielter Schlag, der die Finanzierung von Reformen weitestgehend zunichte machte. Auch heute noch stößt man nur selten auf eine ernsthafte Einschätzung der Rolle der Ölpreise beim Zusammenbruch der Sowjetunion¹⁶⁾. Das daraus hervorgegangene, wirtschaftlich am Boden liegende Rußland, ist abhängiger denn je von Devisen. Der Export von Energierohstoffen ist dabei von großer Bedeutung. Rußland ist inzwischen Deutschlands größter Lieferant für Erdgas und Erdöl¹⁷⁾.

Umweltprobleme am Kaspischen Meer

Das Kaspische Meer als größter abflußloser Binnensee der Erde profitierte von den veränderten Produktionsschwerpunkten nicht. Rücksichtslose Industriepolitik und Ressourcenraubbau zeitigen ihre Folgen. Seit den sechziger Jahren ist bis heute die Schadstoffbelastung immer größer geworden. Das ökologische Gleichgewicht ist akut gefährdet. Die Abwässer der verbliebenen Ölindustrie, verrottende Altbohranlagen, inzwischen zahlreiche neue Off-Shore-Förderungen belasten das Binnenmeer ebenso wie die Chemische Industrie der Anrainer und die ungeklärt eingeleiteten Abwässer der Uferstädte. Hinzu kommt der gewaltige Zustrom der Wolga. Durch die Industriegebiete an ihrem Lauf ist ihr Wasser in großem Ausmaß mit giftigen Stoffen belastet. Und das angesichts der Tatsache, daß hier immer noch mehr Menschen vom Fischfang und der Kaviarproduktion als von der Ölförderung leben. Ein anderes bedrohliches Problem für die Anrainerstaaten ist der Anstieg des Wasserspiegels. Er steigt derzeit jährlich um 14 cm. Man rechnet damit, daß bis 2010 oder 2020 anhält. Demgegenüber fiel der Wasserspiegel um die vergangene Jahrhundertwende beträchtlich. Das Phänomen ist wissenschaftlich immer noch nicht genau geklärt. Die rätselhaften Spiegelschwankungen waren bereits Anlass für Alexander von Humboldt, das Kaspische Meer auf seiner russisch-sibirischen Reise im Jahre 1829 zu besuchen¹⁸⁾. Möglicherweise hängt der derzeitige Anstieg des Wasserspiegels teilweise auch mit dem Zusammenbruch der Landwirtschaft auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zusammen. Bewässerungslandwirtschaft verbrauchte viel Wasser. Zumindest damals wurde den Zuflüssen über 30 Prozent der früher an das Kaspische Meer abgegebenen Wassermengen entzogen⁵⁾.

4. Neue politische Ausgangslage und weltwirtschaftliche Bedeutung der Energievorräte in der kaspischen Region

Nach dem Ende des II. Weltkrieges wurde es bald ruhig um die Region am Kaspischen Meer. Das änderte sich jedoch schlagartig nach dem Ende der Sowjetunion. Als sie sich 1991 auflöste, entstanden in diesem Gebiet acht selbständige Staaten. Es sind Staaten mit undemokratischen Verhältnissen, großen Minderheitsproblemen und krassem Sozial-Einkommensgefälle entstanden. Alle Staaten gehören zur „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS), deren mächtigstes Mitglied die Russische Föderation ist. Wie Russland haben sie einen marktwirtschaftlich-kapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen. Er ist von anhaltender wirtschaftlicher und sozialer Misere begleitet.

Die teils bekannten, teils neu entdeckten Öl- und Gasreichtümer in der Region haben einen weltweiten Wettlauf um ihre Ausbeutung ausgelöst. Die neuen Nationalstaaten sind gemeinsam mit großen internationalen Öl- und Gaskonzernen dabei, ihre Rohstoffvorkommen zu erschließen und auszubeuten. Ihre Interessen treffen sich mit denen der neuen Nationalstaaten. Diese wollen ihre Energievorräte zu Geld machen. Zugleich ist für sie entscheidend, daß die Energierohstoffe möglichst ungehindert von Russland auf den Weltmarkt kommen.

Zur Größenordnung der Bodenschätze gibt es unterschiedliche Angaben. Als tatsächlich gesichert können beim Öl ca. drei Mrd. to (zum Vergleich: Saudi-Arabien verfügt allein über

gesicherte Vorkommen von 35 Mrd. to Rohöl) gelten. Das entspricht zwei Prozent der Weltreserven und erreicht in etwa die Größenordnung der Nordseevorkommen¹⁹⁾. Die Erwartungen reichen aber bis 28 Mrd. to. Erschließbare Bestände bis zehn Mrd. to (= sieben Prozent der Weltreserven) sind wahrscheinlich. Beim Erdgas gelten in der Region acht Billionen Kubikmeter Gas (= sechs Prozent der Weltreserven) als gesichert. Vermutet werden aber 18 Billionen Kubikmeter. Detaillierten Aufschluss über die Vorkommen gibt eine 1998 erschienene, umfangreiche Studie der Internationalen Energie Agentur, einer Einrichtung der OECD. Sie ist für Politik und Investoren erarbeitet worden²⁰⁾.

Ölpipelines und Großmachtinteressen in der kaspischen Region

Ab den sechziger Jahren begannen die Auseinandersetzungen der kapitalistischen Staatengemeinschaft mit den RGW-Staaten und gegenüber den Forderungen der Entwicklungsländer nach Gerechtigkeit an Tempo und Schärfe zu gewinnen. Die Dritte Welt zeigte zunehmende Geschlossenheit bei der Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen und wurde darin von den RGW-Staaten unterstützt²¹⁾. Vor diesem Hintergrund gelang es den in der Organisation Erdöl exportierender Staaten (OPEC) zusammengeschlossenen Ländern in den siebziger Jahren kurzzeitig, anstelle der Ölkonzerne die Regieführung bei der Preis- und Angebotsregulierung auf den internationalen Energiemärkten („Ölkrise“ 1973) zu übernehmen. Das forderte die seit 1961 in der OECD zusammengeschlossenen Industriestaaten heraus. Hier sind die weltweit führenden kapitalistischen Staaten versammelt, in ihrem Mittelpunkt die „Triade“ USA-Japan-EU. Die Gegenstrategie wurde maßgeblich vom damaligen US-Außenminister Kissinger bestimmt. Sie bestand darin, unabhängig von der OPEC eine dauerhaft störungsfreie Ölversorgung auf Billigpreisniveau - auch unter Einsatz militärischer Mittel - sicherzustellen. Sie setzte auf eine Steigerung des Angebots der Energieträger Öl, Gas, Kohle und die Atomenergie. Dafür wurde auf die Förderung von Energierohstoffen in allen Weltregionen außerhalb der OPEC-Staaten gesetzt. Das Konzept ist aufgegangen und leitete zugleich die Schwächung und Spaltung der OPEC ein²²⁾.

Erst diese Zusammenhänge verdeutlichen, weshalb der „weiche Unterleib“ der früheren Sowjetunion mit seinen strategisch wichtigen energetischen und teilweise mineralischen Rohstoffen ins Visier der OECD-Länder, allen voran von USA und NATO gerückt ist. Um ihre Interessen durchsetzen zu können, bedurfte es veränderter militärpolitischer Ziele. Sie wurden bereits 1991 auf dem NATO-Gipfel in Rom mit dem „Neuen Strategischen Konzept des Bündnisses“ geschaffen²³⁾. Es wurde auf dem Jubiläumsgipfel zum 50jährigen Bestehen im April 1999 in Washington bekräftigt. Danach ermöglicht es die neue Strategie der NATO, auch in anderen Ländern jenseits des Bündnisgebietes militärisch einzugreifen. Die beschworene Verteidigung von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten kann nicht verbergen, daß es den großen, in der OECD zusammengeschlossenen Industriestaaten im Kern letztlich nur um die Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Interessen geht. Die NATO wird deshalb für weltweite Interventionen, sog. „out-of-area“ Einsätze um- und ausgerüstet. Die Ölvorräte in der kaspischen Region sind wegen mittelfristig schrumpfender Weltvorräte von großer Bedeutung. So verbrauchen allein die USA bereits jährlich etwa 25 Prozent des weltweiten Ölangebots. Die Europäische Union hat selbstverständlich ebenfalls Interessen. Es geht um die Kon-

trolle der Ressourcen in der Region, um den Einstieg in lukrative Geschäfte in allen Wirtschaftsbereichen und den Aufbau stabiler marktwirtschaftlicher Systeme, die mit dem Westen langfristig verbunden sind.

Interesse an den Energieressourcen hat aber nicht nur der Westen. Ebenso besteht wachsende Energienachfrage aus Süd- und Südostasien. Indien und China stellen ein Drittel der Weltbevölkerung. Beide Länder haben einen dramatisch wachsenden Bedarf an Öleinfuhren. Er steigt jährlich um 20 - 30 Prozent. Und das bei den längerfristig sich erschöpfenden Ölreserven. Interessenkonflikte sind also vorprogrammiert. Gleichzeitig mischen sich die Regionalmächte Türkei und Iran zunehmend in die Verteilungskämpfe ein. Besonders hart wird darum gerungen, über welche Trassen Öl und Gas zu den Weltmärkten geschafft werden sollen. Es geht um hohe Gebühreneinnahmen und den Einsatz der Durchleitungsrechte als politisches Druckmittel. Wer über den Zugang zu den Rohstoffen verfügt oder ihn zumindestens kontrolliert, dürfte politisch und wirtschaftlich am meisten profitieren. Das hat der Pipeline-Frage für die Zukunft der Kaspischen Region und Zentralasiens solch entscheidende Bedeutung verliehen. Bis vor kurzem hatte Rußland noch aus Zeiten der Sowjetunion hier ein unangetastetes Pipeline-Monopol. Das alles heizt die konflikträchtige Situation hier noch zusätzlich an.

Im Folgenden sollen die **wichtigsten Konflikte und Interessenlagen** deutlich gemacht werden²⁴⁾:

1. Die Politik der USA ist aggressiv auf zwei Ziele ausgerichtet. Zum einen wollen die USA auf jeden Fall verhindern, daß Russland wieder zu einer Weltmacht aufsteigt und speziell diese geopolitisch brisante Region allein beherrscht. Zum anderen spielt natürlich ihr Interesse an den großen Öl- und Gasvorräten eine große Rolle. Schließlich haben fast alle großen internationalen Ölkonzerne ihren Sitz in den USA. Bisher war und ist es immer schon so gewesen: wo ein wichtiger Rohstoff unter der Erde eines Landes liegt, gehört dieses Land auch zum strategischen Interessengebiet amerikanischer Außenpolitik²⁵⁾. Diese Interessen lassen sich aber nur realisieren, wenn die Pipelines und Transportrouten an Russland vorbei gebaut werden. Bis vor kurzem nämlich ist die Region samt und sonders von russischen Öl- und Gaspipelines, allen Bahntransporten bis hin zum Flugverkehr vom russischen bzw. sowjetischen Zentrum abhängig gewesen. In diese Richtung wiesen alle Leitungen und Transportrouten. Dreh- und Angelpunkt der US-Strategie war es deshalb, Aserbeidschan für sich zu gewinnen²⁶⁾. Das Land ist ideal dazu geeignet, um Russland ein für allemal in der Region auszuschalten. Es ist gewissermaßen der Flaschenhals, über den der Zugang zu den Öl- und Gaschätzen in der kaspischen Region kontrolliert werden kann. Ein mit dem Westen und der Türkei verbundenes Aserbeidschan - so die Überlegungen der USA - würde die Monopolstellung Russlands bei Zugang und Kontrolle zur Region aufbrechen. Schließlich hat die kaspische Region keinen natürlichen Zugang - z.B. in Gestalt eines schiffbaren Gewässers - zu den Weltmeeren. Mit zusätzlichen Pipelines wäre das Ziel der USA erreicht, eine möglichst weltweit ungehindert zugängliche und breit gestreute Energieversorgung sicherzustellen.

Von größtem strategischem Interesse für die USA ist eine Trassenführung von Baku über Georgien zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan. Zu diesem Projekt haben die weltweit größten Ölkonzerne Chevron, Mobil und Shell eine Machbarkeitsstudie finanziert. Eine entspre-

chende Übereinkunft wurde im Dezember 1998 in Washington im Beisein des US-Energieministers unterzeichnet. Aserbeidschan, Georgien und die Türkei haben sich inzwischen im Grundsatz über den Bau der Pipeline (s. auch Kap.5) geeinigt. Dem Westen stünde damit zukünftig eine eigene und militärisch abgesicherte Versorgungsmöglichkeit offen. Das NATO-Mitglied Türkei könnte dann zur Sicherung der Pipeline eingesetzt werden und zugleich den Löwenanteil der Transportprofite einstreichen.

Eine weitere Planung für eine Gaspipelineroute führt von Turkmenistan über Afghanistan nach Pakistan mit späterem Ausbau bis nach Indien. Diese Route wird politisch von den USA und Saudi-Arabien gestützt. Aufbau und Unterstützung der Taliban-Milizen in Afghanistan finden hier ihren eigentlichen Grund. Das Projekt erlitt im Dezember 1998 einen schweren Rückschlag. Der amerikanische Ölkonzern Unocal verließ das Konsortium, dem die saudiarabische Deltaoil und die japanische Itochu angehören. Die Hoffnungen Turkmenistans richteten sich danach mehr auf den Bau einer Gaspipeline, die Erdgas quer durch das Kaspische Meer über Aserbeidschan in die Türkei und nach Europa liefern soll. Inzwischen liegen hierfür formell die Voraussetzungen durch ein Rahmenabkommen (s. Kap. 5) vor.

Die von den USA in der kaspischen Region verfolgte Strategie, einen Keil zwischen Russland und den ölreichen mittleren Osten zu treiben, ist bislang politisch und wirtschaftlich in wichtigem Umfang aufgegangen. Zugleich laufen die Bestrebungen der USA darauf hinaus, die NATO bis an die innerasiatische Grenze Chinas und zum Himalaya auszudehnen^{27,28)}. Ohne die europäischen Mitgliedstaaten der NATO ist das nicht möglich. Nur mit ihnen kann eine geographisch ununterbrochene militärische Bündnislinie bis ins Innere Asiens geschaffen werden. Diese Bestrebungen werden dadurch erleichtert, dass die Völker der neuen Nationalstaaten am Kaspischen Meer aufgrund ihrer schlechten Erfahrungen mit der Sowjetunion, aber auch Russland selbst, Anschluß an den „Westen“ suchen. Vielerorts im Kaukasus und Mittelasien beginnt die NATO deshalb immer besser Fuß zu fassen²⁹⁾. Osteuropäische, kaukasische und transkaukasische Staaten der ehemaligen Sowjetunion haben inzwischen quasi offiziell schon einen Kandidatenstatus bei der NATO erhalten haben. Zu den „NATO-Partnerschaftsländern“, die an dem Jubiläumsgipfel teilnahmen, gehörten nicht nur die Ukraine und Moldawien, Georgien, Kasachstan und Aserbeidschan, sondern auch bereits die mittelasiatischen Staaten Usbekistan, Turkmenistan, Tadschikistan sowie Kirgistan. Usbekistan ist seit April 1999 aus dem von Russland geführten Militärbündnis innerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) ausgeschieden.

Mittlererweile hat Aserbeidschan der NATO und den USA bereits die Einrichtung von Militärbasen auf seinem Staatsgebiet angeboten und strebt eine vollwertige NATO-Mitgliedschaft an. Letzteres ist seit kurzem auch das Ziel Georgiens. Es betrachtet enge Beziehungen zur NATO als wichtigste Garantie für Stabilität im Kaukasus.

Aus den neuen Nationalstaaten wird Militärpersonal an den Führungsakademien der NATO geschult, Verbindungen werden zu den NATO-Stäben hergestellt und gemeinsame Manöver durchgeführt. Vor allem aber wird durch den Kauf von Militärtechnik der Weg zu lukrativen Geschäften für die westlichen Rüstungskonzerne geöffnet. So rüstet beispielsweise Usbekistan konsequent auf amerikanische Militärtechnik um. Damit haben russische Rüstungskonzerne das Nachsehen.

Lediglich Armenien - erbitterter Gegner Aserbeidschans im Karabach-Krieg - ist bislang fester Verbündeter Russlands im Kaukasus. Mit ausschlaggebend dafür sind historische Gründe.

2. Die Europäische Union verfolgt in der kaspischen Region ebenfalls politische und wirtschaftliche Interessen, die u. a. auch auf die Sicherung und Diversifizierung der Energieversorgung abzielen. Westeuropa beansprucht etwa 20 Prozent des Welterdölverbrauchs, besitzt aber nur 2 Prozent aller Vorräte. Beim Erdgas ist die Situation nur wenig (3,1 %) besser. Das Interesse Westeuropas an der kaspischen Region ist daher langfristig strategisch angelegt und erfordert den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen. Kaspisches Öl ist aber bis auf weiteres nicht erforderlich³⁰⁾. Die Länder der EU beziehen heute ca. 80 % des verbrauchten Erdöls aus Drittländern. Dabei verfügen sie derzeit über eine breit angelegte, risikomindernde Importstruktur (Golfregion, Nord- und Westafrika, Rußland). Die Gasvorkommen in der kaspischen Region dürften auf längere Sicht selbst als Ersatzreserve von geringem Interesse sein. Das aktuelle Exportpotential von Gas aus Turkmenien (es besitzt die größten Vorkommen) von ca. 20 Mrd. Kubikmeter spielt für den europäischen Gasimport (1996: 215 Mrd. Kubikmeter bei einem Gesamtverbrauch von 500 Mrd. Kubikmeter) nur eine untergeordnete Rolle. Zudem ist der Export teuer und derzeit politisch riskant.

Ganz anders sieht die Situation angesichts geringerer Transportkosten für südosteuropäische Länder wie die Türkei, Bulgarien, Rumänien oder die Ukraine aus. Sie sind daher auch immer stärker am Ausbau ihrer politischen Einflußsphäre in der kaspischen Region interessiert. Die Türkei hat zudem wegen ihres wachsenden Erdgasverbrauchs im Dezember 1997 einen Vertrag mit dem russischen Energieriesen Gazprom geschlossen. Gazprom baut eine Erdgaspipeline quer durch das Schwarze Meer (sog. Blue Stream Project) von Russland nach Samsun in die Türkei. Sie soll im Jahr 2000 fertiggestellt sein und wachsende Mengen an Erdgas (16 Milliarden m³ im Jahr 2007) liefern. Die ehemaligen Mitglieder des RGW wollen sich über den Ausbau ihrer Beziehungen zur kaspischen Region aus der Abhängigkeit von russischen Öl- und Gaslieferungen befreien. Rumänien und Bulgarien streben zudem die Aufnahme in die Europäische Union an und haben vor kurzem den EU-Kandidatenstatus erhalten. Darüber und durch das bereits assoziierte Mitglied Türkei dürfte die Europäische Union nun näher an die Kaspische Region heranrücken.

Zwischen der Europäischen Union und den USA bestehen allerdings erhebliche strategische Differenzen, auf welche Art und Weise diese Region in die kapitalistische Weltwirtschaft einzubinden ist und wie ein freier, ungehinderter Zugriff auf die Rohstoffe sichergestellt werden kann. Die derzeit tonangebende politische Elite ist vor dem Hintergrund zweier Weltkriege, des geschichtlich belasteten Verhältnisses zu Russland und seiner derzeit schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Gesamtlage nicht daran interessiert, zu einer weiteren Destabilisierung in der Krisenregion beizutragen.

Ungeachtet dessen bleibt die Politik der EU widersprüchlich. Anders als die USA ist sie gegen eine Ausgrenzung des Iran und von Russland und strebt mit beiden Staaten den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen an. Seit der Ankündigung von Wladimir Putin zu einer radikalen Wirtschaftsöffnung hat sich in Westeuropas Wirtschaft der Wettlauf um zentral wichtige Marktanteile beschleunigt. Damit hat Wladimir Putin in den Konzernchefs der EU-Staaten seine engsten Verbündeten gefunden.

Auf dem Gebiet der Sicherheits- und Militärpolitik wird deutlich, daß die EU sich von ihrem engen Verhältnis zu den USA nicht lösen will und die Erweiterung von NATO und EU als Teilprozesse einer Entwicklung begreift. Dagegen lehnt die EU ab, die NATO-Partnerschaft für den Frieden als Ersatz für die NATO-Erweiterung in der Region zu instrumentalisieren⁶⁷⁾.

Eine weitere Widersprüchlichkeit wird an ihrer Unterstützung zum Aufbau einer Infrastruktur deutlich, die die Region langfristig mit Europa verbinden soll. Dabei arbeitet die EU mit den westlich orientierten Staaten Aserbeidschan, Georgien, Moldawien, der Ukraine und Usbekistan zusammen. Diese wiederum haben sich in einer Allianz mit dem Kürzel GUUAM zusammengeschlossen. Die Allianz ist im Wesentlichen aus zwei Gründen aus der Taufe gehoben worden, die sich zudem strategisch ergänzen. Zum einen als Gegengewicht zur russischen Militärpräsenz in der Region und als langfristige Perspektive eines Sicherheitskonzepts außerhalb von GUS-Strukturen. Hierbei ist das große militärische Potential der Ukraine und deren besondere Beziehung zur NATO hervorzuheben. Zum anderen für die Zusammenarbeit im sicherheitsempfindlichen Energiebereich. Hier geht es vor allem um die Verwirklichung des alternativen eurasischen Transportprojekts. Es soll vorrangig für den Transport des Erdöls vom Kaspischen Meer nach Ostmittel- und Westeuropa dienen³¹⁾. Über diesen Weg könnten dann auch südosteuropäische Beitrittskandidaten der EU mit Energierohstoffen versorgt werden. Indirekt werden die Bestrebungen der Allianz von der EU durch das Förderprojekt des „Euroasiatischen Transportkorridors“ (TRACECA - Transport Corridor Europe-Caucasia-Asia) unterstützt. Über diesen Transportkorridor sollen Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Aserbeidschan, Georgien und die Ukraine durch neue Pipelines, Straßen und Eisenbahnen verbunden werden. Zwar wird Russland nicht ausdrücklich ausgeschlossen, doch läuft die Konzeption faktisch auf eine Umgehung Russlands hinaus³²⁾. Das muß provozierend wirken.

Ein wieder anderes Zeichen hat die EU in der kaspischen Region mit ihren Bestrebungen für ein vielfältig ausgestaltetes Pipelinesystem ohne besonderen Vorrang für eine Route sowie Entscheidungen nach wirtschaftlichen Erwägungen gesetzt. Ein wesentliches Element dieser Politik ist der am 16. April 1998 abgeschlossene Energie-Charta-Vertrag (ECT). Er stellt ein kleines, zusätzliches Element für mehr Sicherheit in der Region dar. Der Vertrag soll eine rechtlich gesicherte, langfristige Zusammenarbeit im Energiesektor ermöglichen. Es ist der erste Versuch, die Länder der GUS künftig in die Weltwirtschaft einzubinden. Der Vertrag trat am 16.4.1998 in Kraft und ist bisher von 32 Staaten, darunter allen acht Staaten der Region ratifiziert worden. Er ist allerdings noch nicht von Russland und den USA ratifiziert worden. Der Vertrag schafft verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in Lagerstätten erkundung, Förder-Projekte und Pipelinenetze. Zugleich hält er Instrumente zur garantierten Vertragserfüllung bereit und sichert die freie Durchleitung von Öl und Gas. Ferner bietet er in Streitfällen ein wirksames Schlichtungsverfahren an.

In der kaspischen Region richten sich die Interessen deutscher Unternehmen aus der Energiebranche wie auch die der übrigen Staaten der EU konkret auf die direkte Beteiligung an den großen kaspischen Öl- und Gaskonsortien. In Kasachstan wirken die im internationalen Maßstab vergleichsweise kleinen Energieunternehmen RWE-DEA, Erdöl-Erdgas Gommern GmbH sowie die Preussag-Energie GmbH bei der Erschließung und Ausbeutung von Öl- und

Gasfeldern mit. In Aserbeidschan investierten 1998 deutsche Unternehmen in den Pipelinebau und Infrastrukturprojekte ca. 48 Mio. DM. Das ist eine vergleichsweise bescheidene Summe gegenüber den Investitionen anderer ausländischer Ölkonsortien (s.u.).

Transnationale europäische Ölkonzerne wie Agip, British Gas, BP, Royal Dutch Shell, Statoil und Total beteiligen sich an Förder-Aktivitäten und Pipeline-Projekten. Sie erreichen allerdings nicht annähernd die Anteile der großen amerikanischen Gesellschaften wie Chevron, Exxon, Mobil Oil, Conoco, die bei den wichtigsten Konsortien in Kasachstan und Aserbeidschan inzwischen bei 40 bis 50 Prozent liegen. Allein 1996 flossen 2,5 Mrd. US-Dollar in die Öl- und Gasgebiete in der kaspischen Region. Im Jahre 1997 waren es bereits 5 Mrd. US-Dollar¹⁰⁾. Insgesamt ist aber bereits wesentlich mehr Geld in die Region geflossen. So steckten westliche Öl- und Gaskonzerne allein bis 1996 in Aserbeidschan mehr als 13 Mrd. Dollar in die Erdöl- und Erdgasförderung. Im Jahre 1998 wurden wiederum etwa 1,5 Mrd. US Dollar investiert. Allen voran ist dabei der britische Konzern BP-Amoco zu nennen. In Kasachstan wurden sogar weit mehr als 20 Mrd. US Dollar ausgegeben. Hier spielen die Investitionen des US-Konzerns Chevron eine zentrale Rolle²⁶⁾.

Der Schwerpunkt deutscher Wirtschaftsinteressen in der kaspischen Region liegt nicht im Bereich des Bergbaus, weil Deutschland praktisch keine weltweit bedeutenden Bergbaukonzerne hat. Die Interessen führender deutscher Wirtschaftsbranchen richten sich vor allem auf Aufträge in den Bereichen des Ausbaus und der Modernisierung der staatlichen Infrastrukturen (Luftverkehr, kommunale Ver- und Entsorgung, Energieerzeugung und -verteilung, Telekommunikation, Straßenbau, Nah- und Fernverkehrs-Bahnsysteme) sowie Verarbeitungsanlagen speziell im Baumwollbereich. Voraussetzung für die Realisierung von konkreten Projekten ist allerdings, daß die neuen Nationalstaaten über ausreichend Devisen aus dem Verkauf von Öl und Gas verfügen. Aber auch ohne bislang kräftig sprudelnde Gewinne aus dem Verkauf von Erdöl und Erdgas in vielen Ländern Zentralasiens ist Deutschland inzwischen neben den USA deren wichtigster Handelspartner geworden.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert parallel dazu die Entwicklung marktwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen. Die GTZ fördert speziell ein Projekt, mit dem das Wirtschafts- und Zivilrecht nach deutschem Vorbild in diesen Ländern übernommen werden soll und dient der Sicherheit von Investoren. Georgien hat es bereits eingeführt. Weitere Projekte des BMZ richten sich u.a. auf die Förderung von Klein- und Mittelunternehmen, den Umbau der Kolchoswirtschaft in eine kapitalistische Agrarwirtschaft und liegen zudem in den Bereichen Berufsbildung, Trinkwasserversorgung und Umweltschutz.

3. Rußland möchte den traditionellen politischen und wirtschaftlichen Einfluß in der Region nicht aufgeben. Es betrachtet die Rolle der USA und der mit ihr verbündeten Türkei mit Sorge und will sich durch den Transit der kaspischen Rohstoffe über russische Pipelines Kontrolle und Profit sichern. Einfluß auf die Öl- und Gasgeschäfte nehmen deshalb auch die halbstaatlichen russischen Konzerne Lukoil und Gazprom. Der Ölkonzern Lukoil ist in den wichtigsten Konsortien Aserbeidschans (AIOC) und Kasachstans vertreten. Lukoil ist aber vor allem am Absatz russischen Erdöls aus seinen sibirischen Vorkommen interessiert. Eine schnelle Ent-

wicklung der Erdölwirtschaft in der kaspischen Region liegt daher nicht unbedingt im Konzerninteresse. Ähnliches gilt für den Gaskonzern Gazprom. Beide Konzerne befinden sich in einem Interessenwiderspruch. Einerseits wollen sie am Erdöl- und Erdgasgeschäft in der Region profitieren. Andererseits fürchten sie entstehende Konkurrenz. Sie sind daher nicht wie die westlichen Gesellschaften an einem starken, sondern nur an einem selektiven Engagement interessiert. Aus russischer Sicht heißen hier die Ziele Kontrolle und Dominanz³³⁾.

4. Der Iran, selbst Anrainer des Kaspischen Meeres, sieht sich als natürliche islamische Vormacht der Region und bietet sein gut ausgebautes Pipelinennetz als ideales Transportmittel an. Die kürzeste und sicherste Route für eine Pipeline führt tatsächlich von Baku nach Täbris im Iran und von dort weiter zum Persischen Golf. Durch die Einigung über den Bau der Ölpipeline nach Ceyhan haben sich die USA durchgesetzt. Sie lehnen bislang eine Alternativroute über den Iran aus Sicherheitsgründen ab, auch deswegen, um den Iran in der kaspischen Region zu isolieren³⁴⁾. Derzeit ist offen, inwieweit mit der sich abzeichnenden Öffnung Irans und dem Ende seiner Isolation doch noch seine Pipelines zukünftig gebraucht werden. Denn Erdöl- oder Gasleitungen von Baku bzw. Mittelasien durch den Iran sind wirtschaftlich weitaus günstiger als alle Westrouten. Daran haben gerade die US-Konzerne keinen Zweifel gelassen. Die Isolierung des Iran durch die USA gelingt aber nicht vollständig. So wurde beispielsweise am 29. Dezember 1997 eine Gaspipeline von Turkmenistan nach Iran eröffnet. Sie verfügt vorläufig über eine Kapazität von 2 Milliarden m³ pro Jahr und soll in den nächsten Jahren auf 8 Milliarden m³ erhöht werden.

5. China verschafft sich über eine gigantische Pipeline zu östlich des Kaspischen Meeres in Kasachstan gelegenen Ölfeldern (Vertragssumme: 9,5 Mrd Dollar) einen Teil der für die eigene wirtschaftliche Zukunft nötigen Energieversorgung und avanciert damit zum Konkurrenten sowohl Rußlands wie der westlichen transnationalen Konzerne³⁵⁾.

Hinzu kommen die latenten bis offenen ethnischen Konflikte und Minderheitenprobleme. Einige Beispiele kennzeichnen diese für die ganze Region **besonders charakteristische** Situation:

1. Wenn Aserbeidschan die Interessen Rußlands zu sehr mit Füßen tritt, kann Moskau über seinen Einfluß in Armenien auf Baku erheblichen Druck über das Problem Nagorno-Karabach oder eine Unterstützung der Lesgier-Minorität ausüben. Ähnliches gilt für Moskaus Möglichkeiten gegenüber Georgien. In Georgien herrschen mehrere Bürgerkriege, darunter insbesondere in Abchasien und Süd-Ossetien. Sie sind derzeit zwar ruhiggestellt, aber nicht beigelegt. Gerade diese beiden Konflikte können von Russland genutzt werden. Georgien ist nicht zuletzt deshalb im April 1999 Mitglied des Europarats geworden. Im Hintergrund für diese Entscheidung könnte auch die neu in Betrieb gegangene Ölpipeline stehen, die nun auch Georgien unabhängiger von Rußland (s. u.) macht.

2. Eine rußlandfeindliche Haltung Kasachstans könnte Moskau beantworten, indem es die kasachischen Russen (sie stellen ca. 35 % an der Gesamtbevölkerung) aufwiegelt. Damit dürfte eher nicht zu rechnen sein, da vor kurzem am Schwarzmeerhafen Noworossijsk der Grundstein für den Bau einer neuen 1580 km langen Ölpipeline gelegt worden ist³⁶⁾. Sie wird

von hier bis zu den Ölfeldern Tengiz in der Nähe des Kaspischen Meeres in Kasachstan führen. Die Endkapazität der neuen Ölleitung soll 67 Millionen Jahrestonnen erreichen. Die erste Lieferung ist für den 30. Juni 2001 vorgesehen. Die Ölleitung ist die größte Auslandsinvestition Russlands. Der US-Ölkonzern Chevron erschließt seit Jahren das Tengiz-Ölfeld. Das Erdöl wird derzeit über alternative Routen abgesetzt.

3. Umgekehrt könnte ein zu starker russischer Druck die Regierungen von Aserbeidschan und Kasachstan veranlassen, den Transit ihrer Öl- und Gasvorkommen endgültig so zu organisieren, daß russischer Boden umgangen wird und die bestehenden russischen Pipelinenetze boykottiert werden.

5. Krieg, Kriminalität und Chaos im Kaukasus

Der Kaukasus ist eine Gebirgsregion, die etwa so groß wie Deutschland ist und ungefähr 22 Millionen Einwohner beherbergt. Ein Hauptgebirgskamm teilt die Region in den Nord- und den Südkaukasus. Beide Gebiete stehen in widersprüchlicher Beziehung zueinander. Sie sind einerseits in Konflikten eng verbunden. Andererseits bestehen objektiv gemeinsame wirtschaftliche Interessen. Solche friedensschaffenden Gemeinsamkeiten können bislang aber nur ungenügend ausgeschöpft werden, da sie massiv durch miteinander im Konflikt stehende politische und militärstrategische Interessen behindert werden³⁷⁾.

Südlich des Hauptgebirgskamms liegen das christliche Georgien und Armenien und das moslemische Aserbeidschan. Diese drei Länder sind gemeinsam etwa halb so groß wie die Bundesrepublik. Die zwischenstaatlichen Beziehungen aller drei Staaten sind stärker von politischen, territorialen und wirtschaftlichen Interessen bestimmt als von Kultur- und Religionsverwandtschaften. Deshalb geht hier Huntingtons These vom Zusammenstoß der Kulturen nicht auf. Mit seinem Kultur- und Zivilisationsräumlichen Leitbild ist es kaum zu vereinbaren, daß christliche Georgien zum muslimischen Aserbeidschan engere und interessiertere Beziehungen unterhält als zu seinem glaubensverwandten Nachbarn Armenien³⁸⁾.

Aus der Fülle der Konflikte soll hier nur etwas näher auf den mißlungenen Staatsstreich in Armenien vom Herbst letzten Jahres eingegangen werden. Am 27. Oktober 1999 wurden der Premierminister, der Parlamentspräsident und fünf weitere Spitzenpolitiker ermordet. Das hat die Krise im Land weiter verschärft. Das Attentat hat nicht nur das Land erschüttert, sondern trägt auch zur Destabilisierung der gesamten Kaukasus-Region bei. Mit dem Anschlag ist ein funktionierendes Machtdreieck mit unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Verankerungen zerstört worden. Regierungschef Sarkisjan und der vom Attentat nicht betroffene Präsident Kotscharjan entstammen der Unabhängigkeitsbewegung von Berg-Karabach und verfügen über viele Anhänger in Verwaltung und anderen Ämtern. Parlamentspräsident Demirtschan war armenischer KPdSU-Parteichef in der früheren Sowjetunion und verfügte über gute Kontakte zu der ehemaligen Landeselite.

Die Hintergründe für den Mordanschlag sind noch nicht ausreichend aufgeklärt. So ist immer noch unklar, ob das Attentat auf ersten Schritten zur Verständigung über die heikle Berg-

Karabach-Frage mit Aserbeidschan beruhte. Nationalistische Kreise hatten nach Gesprächen auf Regierungsebene im August 1999 hier von Verrat gesprochen. Andere Beobachter schließen einen wirtschaftskriminellen Hintergrund nicht aus. Auch bei anderen Mordanschlägen in Armenien gab es Hinweise, daß sie von wirtschaftlich rivalisierenden Clans durchgeführt worden sind³⁹⁾.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion dauert die Krise um Berg-Karabach an. Es geht um die Frage der endgültigen Zugehörigkeit dieses Gebietes zu Armenien oder Aserbeidschan. Historisch betrachtet handelt es sich um einen Teil Armeniens. Mit Ausbruch des Konflikts im Jahre 1988 begann Aserbeidschan die Armenier aus Karabach zu vertreiben. Das erinnerte die Armenier an die endlose Kette türkischer Gewalt gegen ihr Volk. Die Aserbeidschaner hatten wiederum nicht vergessen, daß die Russen gemeinsam mit den Armeniern bis zum Ende der Sowjetunion in Baku alle Schlüsselposten in Staat, Wirtschaft und Handel besetzten. Die ärmeren Moslems wurden zudem um ihr Land gebracht und als billige Arbeitskräfte eingesetzt. Karabach wurde so zum Auslöser lange untereinander aufgestauten Hasses.

Nördlich des Hauptgebirgskamms lebt eine verwirrende Vielfalt zu Russland gehörender Volksgruppen. Darunter die Tschetschenen. Es ist, wie bereits dargelegt, eine auf der Erde einzigartige Vielfalt mit über 50 Gruppen. Hier entstanden keine großen, zentralistisch angelegten Reiche oder Staaten. Vielmehr bildeten sich bevorzugt Klein- und Kleinststaaten heraus, die Jahrhunderte lang friedlich miteinander auskamen. Das hatte zwei Gründe. Zum einen hielten nach der Völkerwanderung Plünderungen und Überfälle durchziehender Heere und Völker an. Zum anderen wurde das durch die naturräumlichen Gegebenheiten begünstigt⁴⁰⁾. Die Staaten führten neben einer bunten sprachlichen Vielfalt gerade im Nordkaukasus zu einer Fülle an archaischen Sitten und Gebräuchen. Sie überlebten auch die Sowjetunion und konnten sich danach vor dem Hintergrund sozialer und materieller Krisenlagen wieder voll entfalten. So wird das Zusammenleben wie seit Menschengedenken allein über einen eigenen Moralkodex definiert: die sog. Adat, ein Gewohnheitsrecht. Es hat sich innerhalb der Sippe, eines Dorfes oder eines Dorfverbandes herausgebildet und wiegt meist schwerer als nationales oder religiöses Recht. Mord wird per Blutrache gesühnt. Verfehlungen können mit Sippenhaft bestraft werden. Wie bei anderen Bergvölkern, etwa den Albanern und Montenegrinern im Balkan, ist ein Kriegerethos mit einem eigenen Ehrenkodex lebendig geblieben, der einst den Männern Kampf und Raub auferlegte. Das Tragen privater Waffen ist in weiten Landesteilen nach wie vor unverzichtbarer Teil der Traditionen. Selbstverwaltung und Zusammenleben gründen auf Stammes- und Clanstrukturen, die auch in der Sowjetunion nie ganz aufgebrochen werden konnten⁴¹⁾.

Das zaristische Russland hat die Bergvölker des Kaukasus mit aller Brutalität in einem fast achtzig Jahre währenden Krieg in seinen Herrschaftsbereich eingegliedert. Dabei wurde auch zum Mittel der ökologischen Kriegsführung gegriffen. Große Wälder wurden abgeholzt, damit sich die Kämpfer nicht mehr verstecken konnten. In seiner Erzählung „Hadschi Murat“ berichtet Lew Tolstoi dazu⁴²⁾. Der Zarismus bediente sich hier eines Mittels, das auch England bereits im 13. und 16. Jahrhundert zur Niederwerfung irischen und schottischen Widerstands benutzt hatte⁴³⁾.

Legendärer Führer des antirussischen Widerstandes im 19. Jahrhundert auf dem Gebiet von Tschetschenien und Dagestan war Awar Schamil. Die Losungen des Heiligen Krieges und der Durchsetzung der Scharia verband er mit egalitären Zielsetzungen, die auch gegen die zum Teil mit Russland kooperierenden kaukasischen Eliten gerichtet waren. Im Jahre 1834 errichtete er eine revolutionäre Diktatur, die den Feudalherren jegliche Macht entriß und Tausende von Bergbewohnern aus der Sklaverei oder Hörigkeit erlöste²⁾. Karl Marx nannte ihn deshalb den „Garibaldi des Kaukasus“⁴⁴⁾. Schamil und seine Verbände mußten sich erst nach fast drei Jahrzehnte währenden Kämpfen in den Bergen und Schluchten im September 1859 ergeben. Das Porträt Schamils hängt heute in jeder tschetschenischen und dagestanischen Amtsstube. Der heftige Widerstand der Bergvölker kam daher, daß die Gegenwart der Russen sie im Vorgebirge mehrfach in ihrer Existenz gefährdete. Nicht nur Sicherheit und Beweglichkeit, sondern gerade auch ihre wirtschaftliche Existenz wurde bedroht. Sie war auf Winterweiden in den Ebenen und Handelsaustausch mit dem Gebirgsvorland angewiesen. Anfangs wurden auf den Winterweidegebieten Kosaken angesiedelt. Sie spielten eine Hauptrolle bei der russischen Eroberung des Kaukasus und als Gegner der Bergvölker⁴⁵⁾. Später entstanden im Gebirgsvorland, d. h. Ende des 19. Jahrhunderts, große Bewässerungskulturen. Weite Steppenflächen wurden für den Baumwollanbau verbraucht. Beides brachte die Bergvölker an den Rand ihrer Existenz, da sie vom Küsten- und Weideland abgeschnitten wurden. Zudem wurden die Bergvölker in großem Umfang vertrieben und deportiert. Bei den gewaltsamen Umsiedlungen gerieten sie außerdem noch in Konflikte mit den in den neuen Siedlungsräumen bereits ansässigen Völkern.

Nach der Oktoberrevolution konnten die vielen Völker vorübergehend etwas aufatmen. Die ethnischen Minderheiten erhielten auf regionaler und lokaler Ebene weitgehende kulturelle Rechte. Bewußt wurden kleine Sprachen gefördert und muttersprachlicher Unterricht eingeführt. Zahlreiche Zeitungen erschienen in den einzelnen Sprachen. Systematisch wurde der Anteil der Einheimischen in Partei und Regierungen erhöht. Das aber beschleunigte gerade die Nationsbildung oder setzte sie z.T. erst recht in Gang. Das führte wiederum zu politischen Ansprüchen. Forderungen nach erweiterten politischen Kompetenzen von Republiken und nach mehr Beteiligung wurden laut. Am Ende der zwanziger Jahre begann dann die Wende von einer pragmatisch, flexiblen zu einer repressiven Nationalitätenpolitik. Die liberale Politik in Bildung und Kultur wurde beendet. Parallel dazu brachte die Stalin-Ära einen noch schärferen Bruch mit der Vergangenheit als die Oktoberrevolution. Erst jetzt wurden die hergebrachten Sozialordnungen und Kulturen der Nichtrussen zerstört. So forderte die Zwangskollektivierung gewaltige Opfer. Bei den Nomaden wurde die Kollektivierung damit verbunden, daß man sie gewaltsam sesshaft machte und die seit alters her bestehenden Clanstrukturen zerstörte. Dieses brutale Vorgehen unterschied sich wesentlich vom Zarismus. Dort wurden anfangs lediglich Steuern eingetrieben und Loyalität abgefordert, aber kaum in die von den Kaukasiern praktizierte Selbstverwaltung eingegriffen. Das änderte sich nur allmählich. Zuletzt wurde immer weniger Rücksicht auf die Selbstverwaltung genommen. Unter Stalin ist sie dann völlig beseitigt und danach nicht wieder eingerichtet worden⁴⁶⁾.

Die Völker des Nordkaukasus erlebten so die Besetzung ihrer Heimat als gewaltsame Kolonialisierung. Im Gegensatz dazu verstanden es die führenden Eliten Georgiens und Armeni-

ens, sich mit dem zaristischen Russland zu arrangieren und zogen auch Nutzen aus der Zusammenarbeit.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion sind all diese ungelösten Probleme wieder aufgebrochen und haben zu nationalistischen und separatistischen Bewegungen geführt. Diese wiederum sind in hohem Maße mitverantwortlich dafür, daß in ihrem Machtbereich mißliebige Minderheiten unterdrückt, verfolgt und vertrieben werden. Die besondere Härte der Konflikte im Nordkaukasus und die Schwierigkeiten zu ihrer Lösung werden natürlich auch von den oben geschilderten, uralten Traditionen mitbestimmt.

Der Hintergrund für sämtliche Konflikte weist also weit in die Geschichte zurück, auf die im folgenden nur für die Krisenbrennpunkte im Nordkaukasus näher eingegangen werden soll.

Unruhen in Dagestan

Die Islamisten um Schamil Bassajew streben - ganz unabhängig davon, wo die Gründe für den Einmarsch in Dagestan nun tatsächlich gelegen haben mögen -, einen heiligen islamischen Bund der Kaukasusprovinzen an. Er soll Tschetschenien und Dagestan umfassen. Damit würde Russland auch hier an einer weiteren national und geopolitisch hoch empfindlichen Stelle getroffen. Eine Abspaltung Dagestans würde Russland größtenteils vom Kaspischen Meer und den dortigen Öl- und Gasvorräten abschneiden. Zusätzlich würde eine Ölpipeline mit bislang hoher strategischer Bedeutung für die russische Außenwirtschaftspolitik verloren gehen, zumindestens aber stark gefährdet. Die Ölpipeline - auch „Nordroute“ genannt - führt, kommend von Baku, ab der Grenze Aserbeidschans zu Russland durch ganz Dagestan über Tschetschenien nach Noworossijsk am Schwarzen Meer. Ihre strategische Bedeutung wird die „Nordroute“ spätestens dann einbüßen, wenn die Ölpipeline von Baku nach Ceyhan tatsächlich (s. Kap.5) gebaut werden sollte.

Derzeit ist nicht damit zu rechnen, dass in Dagestan eine Entwicklung wie in Tschetschenien droht. Bislang liegen die Loyalitäten weitestgehend auf Seiten der russischen Föderation. Das war bereits so zu Zeiten der Sowjetunion. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass Dagestan im Gegensatz zu Tschetschenien nach der Rückeroberung des Kaukasus durch die Rote Armee im Jahre 1944 nicht stalinschem Terror ausgesetzt und von brutalen Zwangsumsiedlungen nach Mittelasien betroffen war. Die Deportationen erfolgten, weil Tschetschenien bis in die vierziger Jahre nicht ganz in den Sowjetstaat integriert werden konnte und eine Hochburg des islamischen Nakschbandiye-Ordens (ein Derwischorden) war. Das ganze Volk wurde vertrieben, obwohl sich die überwiegende Mehrheit am Verteidigungskrieg gegen den Faschismus beteiligte und nur ein kleiner Teil mit ihm kollaborierte. Dieses düstere Kapitel der stalinschen Nationalitätenpolitik erklärt im Gegensatz zu Dagestan den starken Willen der Tschetschenen nach Unabhängigkeit von Russland.

Weder die in ihren Clans verwurzelten Geschäftsleute noch islamische Würdenträger denken an eine Abkehr von Russland. Auch die rasche Aufstellung von Freiwilligenverbänden (zu den Initiatoren zählt u.a. der Chef der Ölgesellschaft Dagneft) zum Kampf gegen die Aufständischen zeigt, dass Bassajew mit erbittertem Widerstand aus der Bevölkerung rechnen mußte. Fremden Boden zu erobern - und sei es unter der Losung einer „Befreiung von den Ungläubigen“ - gilt im Kaukasus von jeher als schweres Verbrechen.

Der Widerstand könnte aber auch umschlagen und sich nicht nur gegen Eindringlinge, sondern ebenso gegen die Zustände und ihre Verantwortlichen im eigenen Land richten. Schließlich sind die Wurzeln für die blutigen Unruhen nicht nur bei den Anhängern einer konservativen Ausrichtung des Islam (sog. Wahhabiten), sondern gerade auch in der katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Schieflage Dagestans zu suchen. So sind dreiviertel der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos! Zugleich wird das kleine Land von der Größe Niedersachsens mit seinen über dreißig ethnischen Gruppen durch unkontrollierte Binnenwanderung, starke Flüchtlingswellen aus Tschetschenien und wachsende Kriminalität erschüttert. Das und ein weiterer Grund können zum Flächenbrand führen. Nämlich, wenn die militärische „Hau-drauf-Mentalität“ der derzeit politisch führenden Elite Russlands nicht durch diplomatische Geschmeidigkeit (wie im Falle Tschetscheniens durch Ex-General Lebed) und leistungsfähige Wirtschaftshilfe abgelöst wird. Sie ist entscheidende Voraussetzung dafür, den Kreislauf von Gewalt und Anarchie zu durchbrechen und ansatzweise innergesellschaftlichen Frieden einkehren zu lassen⁴⁷⁾.

Krieg und gesellschaftlicher Verfall in Tschetschenien

Nach dem Ende der Sowjetunion kamen diverse russische Finanzclans mit ehemaligen Kommunisten an die Macht. In der Zeit der Privatisierung wurden sie reich. Milliarden Rubel standen für Geschäfte mit dem Ausland bereit. Tschetschenien wurde hierfür als „schwarzes Loch“ genutzt. Hier gab es keinen Zoll und absolut keine Wirtschaftskontrolle. Mit Hilfe bestochener Staatsangestellter konnten Schmuggelgeschäfte in allen Größenordnungen organisiert werden. Die Wende trat ein, als der damalige Präsident der Tschetschenen - Dudajew - die Gewinne nicht mehr mit den russischen Finanzclans teilen wollte. Das löste, so alle Hinweise, im wesentlichen den ersten Tschetschenienkrieg zwischen 1994 und 1996 aus⁴⁸⁾. Die russische Armee griff ein, konnte aber Dudajew nicht mehr stoppen. Der Krieg konnte erst nach mühseligen Verhandlungen durch Ex-General Lebed im Jahre 1996 mit dem Friedensvertrag von Chasavjurt beendet werden.

Nach Kriegsende tauchten auch die Mafiabosse wieder auf, die das Land verlassen hatten, und mit ihnen kamen aus Russland Kriminelle, Diebe und Mörder zurück. Sie waren oftmals aus russischer Haft unter der Bedingung freigelassen worden, daß sie nach Tschetschenien zurückkehrten. Zugleich verstärkte sich das Problem des islamischen Fundamentalismus durch Aufständische, die sich am Krieg gegen Russland beteiligt hatten und die hierfür in Afghanistan und im Nahen Osten ausgebildet worden waren. In Tschetschenien gibt es - so wird geschätzt - fast 20 000 bewaffnete Aufständische. Sie verschlingen viel Geld für Sold und Waffen. Das Geld kann nicht allein aus Schwarzmarktgeschäften und Drogenhandel stammen. Es ist bekannt, daß bereits im ersten Tschetschenienkrieg Milliarden Dollars aus dem Persischen Golf nach Tschetschenien geflossen sind⁴⁸⁾. Als dafür verantwortliche Staaten werden u.a. Saudi-Arabien und der Iran genannt⁴⁹⁾.

Russen und Tschetschenen schafften es dennoch, am 28. April 1998 ein Abkommen über die Durchleitung kaspischen Öls durch Tschetschenien zu unterzeichnen. Dieser Baustein zu verbesserten, gemeinsamen Beziehungen ist aber ständig in Frage gestellt worden. So haben rivalisierende tschetschenische Gruppen die Friedenslösung mit Moskau immer wieder gefährdet.

Zudem haben sich seit Kriegsende Kriminalität und Anarchie ausgebreitet. Wesentliche Stichworte sind hier Geldbeschaffung über das Anzapfen der Ölpipeline und den Verkauf des Öls⁵⁰⁾, Geiselnahmen und Lösegelderpressung, Rauschgiftschmuggel und illegaler Waffenhandel. Inzwischen gibt es sogar wieder einen Sklavenmarkt. Hier werden Menschen an die Clans weiterverkauft. Dort müssen sie kostenlos für den Aufbau des Landes arbeiten. Seit Mai 1998 kam es zu bürgerkriegsartigen Unruhen und bewaffneten Zwischenfällen. Die Ursachen hierfür liegen in Machtkämpfen zwischen den sog. Wahhabiten (s.o.) und der gemäßigten Regierung Maschadow. Ihr Machtbereich ist im wesentlichen auf die engere Umgebung von Grosny beschränkt. Der islamistische Guerilla-Kommandeur Schamil Bassajew und andere „Warlords“ haben immer wieder rücksichtslos die Autorität des gewählten Präsidenten untergraben und zugleich das eigene Volk terrorisiert.

An dieser Situation ist Russland allerdings in hohem Maße mitschuldig. Die Chancen des Friedensvertrages von Chasavjurt sind nicht genutzt worden. Neben der Ausbreitung der eben genannten Gewalttätigkeiten haben vier weitere Faktoren dazu geführt, daß positive Ansätze in den gegenseitigen Beziehungen im Sande verliefen:⁵¹⁾

1. die mangelnde Unterstützung, die Maschadow von der russischen Elite in finanzieller und symbolischer Form erfuhr;
2. der versprochene und nicht erfolgte Wiederaufbau von Wirtschaft und Infrastruktur;
3. ein fehlendes, schlüssiges Konzept zum künftigen Status von Tschetschenien;
4. Belastungen der russisch-tschetschenischen Beziehungen durch ständigen personellen Wechsel in den russischen Führungsgremien.

Inzwischen herrscht seit September 1999 wieder Krieg. Starke russische Militärverbände sind einmarschiert und führen ihn mit aller Härte und Brutalität. Erhebliche Teile der abtrünnigen Kaukasus-Republik sind bislang gewaltsam zurückerobert worden. Die Hauptphase des Krieges ist inzwischen zwar vorbei, er dürfte jedoch in einen lang andauernden und verlustreichen Kleinkrieg mit den Aufständischen einmünden.

Die Besetzung hat durch den Einmarsch bewaffneter Einheiten des islamistischen Guerilla-Kommandeurs Schamil Bassajew in Dagestan begonnen. Letzten Anstoß dafür gaben verheerende Bombenanschläge in Moskau, für die pauschal das gesamte Volk von Tschetschenien verantwortlich gemacht worden ist. Zwar hatten Sprecher der Tschetschenen Anschläge angekündigt, aber es ist immer noch unklar, wer die Attentate verübt und damit diesen Krieg vom Zaun gebrochen hat. In jedem Fall nützt der Krieg objektiv auch den politischen Interessen des Kreml. Das harte militärische Durchgreifen des damaligen russischen Ministerpräsidenten Putin hatte die Popularität des herrschenden Machtklüngels wachsen lassen. Dabei konnte er an nach wie vor aktuellen Stimmungslagen der russischen Bevölkerung anknüpfen. Sie fürchtet den Zerfall des Staates und einen neuerlichen Finanzkrach, sieht Unordnung und Kriminalität. Die Attentate haben zugleich tiefsitzenden Fremdenhaß auf „die Kaukasier“ mobilisiert. Putin demonstrierte für die russische Bevölkerung den Weg zu Besserung und Stabilisierung der Verhältnisse. Die wichtigsten Oppositionspolitikern unterstützten ihn dabei. Damit wurde das Ziel des Kreml erreicht, den Erzfeind Präsident Jelzins und potentiellen Präsidentschaftskandidaten Juri Luschkow zu verhindern und Putin als Präsidenten zu inthronisieren.

In diesem Zusammenhang taucht immer wieder der Verdacht auf, dass der Einmarsch Bassajews und die Bombenanschläge möglicherweise nicht im tschetschenischen Umfeld, sondern eher bei dem Kreml nahestehenden Multimillionär Bereswoskij oder im trüben Milieu russischer Geheimdienste zu suchen sein könnten. Hierfür gibt es zwar eine ganze Reihe von Anhaltspunkten, doch fehlen bislang die Beweise. Beunruhigend ist jedoch, daß eine systematisch angelegte Aufklärung seitens der staatlichen Behörden nicht zu beobachten ist.

Ein wichtiger Aspekt bei den Aktionen der Terroristen und Aufständischen darf aber nicht unerwähnt bleiben. Es ist bekannt, daß sie immer dann ihre militärischen Aktionen anwachsen ließen, wenn entscheidende Verhandlungen mit westlichen Ölkonsortien in Baku bevorstanden⁴¹⁾. Es ging ihnen wie ihren Hintermännern immer darum, Russland von den Ölquellen am Kaspischen Meer abzuschneiden und seine strategisch wichtige Ölpipeline, die Nordroute, lahm zu legen. Da war es bestimmt kein Zufall, das Bassajew gerade im September letzten Jahres in Dagestan einmarschierte. Denn zu dieser Zeit waren die Verhandlungen zum Bau der Ölpipeline Baku-Ceyhan in ihre entscheidende Phase getreten. Und unabhängig davon hatte sich Präsident Maschadow gerade angeschickt, mit Moskau über verbesserte Beziehungen zu verhandeln, was auch mehr Sicherheit für die Nordpipeline auf tschetschenischem Boden bedeutet hätte. Mit seinem Einmarsch durchkreuzte Bassajew nicht nur Maschadows Pläne, sondern er dürfte gleichzeitig mit dafür gesorgt haben, daß der Abschluss des Rahmenvertrages zum angepeilten Bau der kostspieligen Ceyhan-Pipeline erheblich beschleunigt wurde. Das dürfte den USA wie auch der Türkei sehr gelegen gekommen sein, da die beteiligten Ölkonzerne von der wirtschaftlichen Tragfähigkeit des Pipelineprojekts immer noch nicht so recht überzeugt sind. Die Pipeline Baku-Ceyhan ist in erster Linie ein Projekt, das den geostrategischen Interessen der US-Politik entspricht⁵²⁾.

Der neuerliche Krieg würde nicht mit solcher Härte von Russland geführt werden, wenn es wüsste, daß die USA und die Türkei keine Interessen in diesem Gebiet hätten⁴⁸⁾. Eine Abspaltung Tschetscheniens würde den ohnehin drohenden Einflussverlust Russlands in der Region verstärken und seine territoriale Unverletzlichkeit in Frage stellen. Eine Ausbreitung der Konflikte auf den gesamten, instabilen Nordkaukasus wäre dann nicht mehr ausgeschlossen. Die Aufständischen haben bereits damit gedroht, den Krieg auf den gesamten Nordkaukasus auszuweiten. Das würde die gesamte Region destabilisieren. Erste Gefechte sind inzwischen aus Inguschetien gemeldet worden. Dorthin sind über 200 000 Menschen geflüchtet und haben das kleine Land ohnehin schon an den Rand des Zusammenbruchs gebracht.

Für den Vielvölkerstaat Russland ist das sehr gefährlich, weil dadurch das zerbrechliche Miteinander der russischen Regionen ins Rutschen kommen könnte. Die von Präsident Putin inzwischen in Angriff genommene Aufteilung Russlands in sieben riesige Verwaltungseinheiten - manche davon größer als ganz Europa - richtet sich deshalb gerade gegen die zwölf so genannten Nationalrepubliken mit nichtrussischen Titularnationen. Die Gebietsneugliederung soll der potentiellen Gefahr eines Zerfalls Russlands vorbeugen⁶⁷⁾.

Tschetschenien selbst ist für Russland aus mehreren Gründen wichtig. Durch das kleine Land verläuft ja nicht nur ein wichtiger Abschnitt der Erdölpipeline (insgesamt 147 km) von Baku nach Noworssijsk. Es ist zugleich Russlands wichtigster wirtschaftlicher Verkehrsknotenpunkt im Kaukasus. Außerdem verläuft hier die einzige russische Eisenbahnverbindung in den

Transkaukasus. Überdies besitzt der Nordkaukasus auch erhebliche militärstrategische Bedeutung als Truppenstützpunkt. Er ermöglicht den Zugang zum Krisengebiet Transkaukasus und zu gesamten türkisch-iranischen Grenze⁵³). Das radikale tschetschenische Streben nach Unabhängigkeit stellt somit immer wieder die territoriale Unverletzlichkeit Russlands in hohem Maße in Frage.

Die harte russische Haltung zu Tschetschenien hat das Gipfeltreffen der OSZE am 19.11.1999 in Istanbul schwer belastet. Die Ergebnisse sind deshalb mager geblieben. In der Istanbul Erklärung der OSZE wird zwar nachdrücklich bekräftigt, daß die territoriale Integrität der Russischen Föderation voll und ganz anerkannt wird und der Terrorismus in all seinen Formen verurteilt wird. Zugleich stimmten die OSZE-Teilnehmerstaaten darin überein, daß eine „politische Lösung des Konflikts wesentlich sei und die Hilfe der OSZE zum Erreichen dieses Ziels beitragen würde“. In verklausulierten Formulierungen hat Russland auch die Mitwirkung der OSZE bei der „Wiederaufnahme eines politischen Dialogs“ anerkannt, einem Besuch des OSZE-Vorsitzenden in der Region zugestimmt und eine Bekräftigung des Mandats der OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien zugestimmt. Russland ist zudem bereit, angemessene Voraussetzungen für die Arbeit um humanitäre Hilfe bemühter internationaler Organisationen zu gewährleisten.

Es ist nicht auszuschließen, daß wegen des Krieges in Tschetschenien der auf die neuen Bedingungen angepasste Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE) noch scheitern kann. Er ist zwar auf dem OSZE-Gipfel unterzeichnet worden, ist aber von vielen Mitgliedstaaten, darunter den USA noch nicht ratifiziert worden. Ein wesentlicher Grund liegt darin, daß Russland an der kaukasischen Flanke seit Kriegsbeginn die festgelegten Obergrenzen für Kampfpanzer, gepanzerte Mannschaftsfahrzeuge und Artillerie überschritten hat. Russland hat diese Kritik zurückgewiesen und erklärt, daß sie nur zeitlich begrenzt überschritten würden. Für den Abzug des Kriegsgeräts gibt allerdings noch keinen verbindlichen Zeitplan.

Eine friedliche Lösung der Probleme in Tschetschenien ist äußerst schwierig geworden. Ein weitgehender Autonomiestatus für das Land dürfte jedenfalls nicht mehr ausreichen, Frieden einkehren zu lassen. Russland wird sich wohl eher mit einer Konföderation abfinden müssen und zugleich endlich seine Versprechen zum Wiederaufbau des Landes einlösen müssen. Eine greifbare Verbesserung der Lebensverhältnisse ist eines der Mittel, um die gemäßigten Kräfte gegenüber den Terroristen und Aufständischen zu stärken. Als erste Voraussetzung für einen möglichen Frieden sind allerdings die Kampfhandlungen sowohl des russischen Militärs als auch der Terroristen und Aufständischen einzustellen. Zugleich ist Druck auf jene Staaten und Kreise auszuüben, die die Aufständischen mit Geld und Waffen versorgen.

Zu alledem wird sich Russland aber wahrscheinlich nur hergeben, wenn es sich an seinen Außengrenzen nicht mehr bedroht fühlt und das Einsickern radikalislamischer Kräfte unterbunden wird. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, daß der Westen aktiv und mit Druck dafür sorgt, daß der Zustrom von Petrodollars, Kriegsgerät und Islamisten in den Nordkaukasus unterbunden wird. Die für den Zustrom verantwortlichen Kreise und Staaten sind bekannt. Die konkrete Politik der wichtigsten G7-Staaten läßt aber bislang kaum erwarten, daß sie ihr

gegebenes Versprechen wirksam einlösen werden, Russland dabei zu helfen, die Bedrohungen im Nordkaukasus abzuwehren.

Den jüngsten Verurteilungen des Europarats und des UN-Menschenrechtsausschusses dürfte Russland wohl nur wenig Beachtung schenken, solange es seine südlichen Landesteile von Abspaltung und islamischer Infiltration bedroht sieht.

6. Katzenjammer, Pipelinepoker und angeschlagenes Transportmonopol Rußlands

Bis vor kurzem war die Erdöl-Euphorie am Kaspischen Meer gedämpften Erwartungen gewichen⁵⁴⁾. Das galt insbesondere für Aserbeidschan.

Zum einen hat dafür der noch nicht allzu weit zurückliegende, dramatische Verfall der Ölpreise (im Schnitt um 31 % im Jahre 1998) gesorgt. Er lag teilweise bereits im Bereich der Förderkosten. Gemäß einer in Branchenkreisen verbreiteten Schätzung wird die Ausbeutung der kaspischen Vorkommen unwirtschaftlich unterhalb eines Ölpreises von 12 Dollar pro Barrel. Anfang 1999 lag der Preis für aserbeidschanisches Öl bei 10 Dollar pro Barrel. Aufgrund von Förderkürzungen der OPEC-Staaten zog der Ölpreis dann weltweit deutlich an und pendelte sich bis zum Frühjahr 2000 auf knapp 26 Dollar pro Barrel ein. Die Förderkürzungen geschahen offenbar mit Rückendeckung der US-Regierung. Einwände waren jedenfalls nicht zu hören. Schließlich müssen die USA als weltweite Nummer eins im Verbrauch und Import von Erdöl aufgrund der allmählich schrumpfenden, nachgewiesenen Erdölvorkommen daher, ob sie nun wollen oder nicht, Ölpreise akzeptieren, die hoch genug sind, um Anreize für Investitionen in die Erschließung und Ausbeutung von Ölvorkommen zu bieten. Das gilt sowohl für Vorkommen in den USA als auch in anderen Teilen der Welt, wie aktuell in der kaspischen Region⁵⁵⁾.

Um nunmehr aber einen weiteren, zu hohen Anstieg zu verhindern, einigten sich die OPEC-Staaten wieder auf eine Erhöhung der Fördermengen. Insbesondere Saudi-Arabien hatte sich dafür stark gemacht und gab damit dem Druck der USA nach. Insbesondere der Iran bestand auf einer geringeren Förderung⁵⁶⁾. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob die Politik der OPEC-Staaten zu einem stabil hohen Rohölpreis führt. Das mit den USA verbundene Saudi-Arabien peilt hierfür bis auf weiteres einen Preis von 25 Dollar pro Barrel an.

Zum anderen endeten bislang die Bohrungen westlicher Konsortien allesamt enttäuschend. Entweder wurde kein Öl gefunden und wenn, dann in wirtschaftlich uninteressanten Mengen. Langfristig gehen die Ölkonzerne dennoch von positiven Erwartungen aus. Allerdings haben viele Konsortien inzwischen ihre Aktivitäten zurückgeschraubt oder begannen sogar damit, auszusteigen. Mittlerweile steigt aber wieder das Interesse aufgrund erfolgreicher Bohrungen in Kasachstan und Russland sowie des gestiegenen Rohölpreises⁵⁷⁾.

Washington übt weiterhin massiv Druck auf das von BP-Amoco dominierte AIOC-Konsortium (an dem elf Konzerne, darunter die russische Lukoil mit 10 % beteiligt ist) aus, trotz wirtschaftlicher Bedenken die Ölpipeline Baku-Ceyhan zu bauen. Am Rande der Gipfel-

konferenz der OSZE am 18./19. November 1999 in Istanbul ist ein Rahmenabkommen über den gemeinsamen Bau durch Aserbeidschan, Georgien, der Türkei und den USA unterzeichnet worden. Es gilt auch für den Bau einer Erdgaspipeline von Turkmenistan in die Türkei, über die zugleich Gas aus Kasachstan geliefert werden kann. Das Abkommen für die Gaspipeline wurde nur zwischen Turkmenistan, Kasachstan der Türkei und den USA geschlossen. Den Vertragsabschlüssen wohnte US-Präsident Clinton bei⁵⁸⁾.

Das Abkommen ist inzwischen Ende April diesen Jahres durch einen weiteren Bauvertrag in Washington konkretisiert worden⁵⁹⁾. Er bildet die Grundlage für Verhandlungen mit Investoren. Inzwischen haben Aserbeidschan und Georgien nach mehrmonatigen Verhandlungen eine Vereinbarung über finanzielle Ausgleichszahlungen beim Bau der Pipeline geeinigt⁶⁰⁾. Den Löwenanteil des Baukosten wird allerdings die Türkei tragen müssen. Hierzu ist sie bereit, da die Pipeline für sie auch ein wichtiger Baustein zur Verwirklichung ihrer weitgesteckten Pläne in Zentralasien ist. Das allerletzte Wort zum Bau ist - entgegen einer ganzen Reihe bisheriger Informationen - aber noch nicht gesprochen. Die großen Ölkonsortien haben noch keine verbindlichen Zusagen für eine finanzielle Beteiligung zum Bau der Pipeline abgegeben. Sie sind - trotz inzwischen wieder gestiegener Hoffnungen aufgrund neuer größerer Erdölfunde - immer noch nicht davon überzeugt, daß die Pipeline nach Ceyhan wirtschaftlich betrieben werden kann. Außerdem setzen zumindest tonangebende Ölkonzerne wie Chevron auf vorhandene Pipelines, selbst wenn sie über russischen Boden (s. auch Kap.3) führen⁶¹⁾.

Ungeachtet dessen haben die USA immerhin bereits einige wichtige Voraussetzungen geschaffen, die es ermöglichen können, Rußland in der Region auszuschalten und von ihm ungehindert Transkaukasiens und Mittelasiens Rohstoffe auf die Weltmärkte gelangen zu lassen. Den USA dürften die Unruhen und der neuerliche Tschetschenienkrieg sehr gelegen gekommen sein. Schließlich dürfte beides die Überlegungen und den Abschluss des Rahmenabkommens zum Bau der Ceyhan-Pipeline erheblich beschleunigt haben.

Bereits im April 1999 war es gelungen, eine erste Bresche in das russische Transportmonopol zu schlagen. So konnte eine neu erbaute, kleinere Ölpipeline von Baku zum georgischen Schwarzmeerhafen Supsa in Betrieb genommen werden⁶²⁾. Rußland versucht diese Scharte auf zwei Wegen wieder auszuweiten. Zum einen hat es inzwischen die Nordroute wieder betriebsbereit gemacht. Damit können wieder die mit dem AIOC geschlossenen Durchleitungsverträge erfüllt werden. Zum anderen soll eine neue Ölpipeline an Tschetschenien vorbei gebaut werden. Sie führt nur über dagestanischen Boden direkt nach Rußland⁶¹⁾.

7. OSZE stärken - die Konfliktsituation entschärfen

Unter dem Eindruck der konfliktbeladenen Situation haben sich strategische Allianzen gebildet. Ihre Frontlinie verläuft mitten durch die kaspische Region. Auf der einen Seite haben sich die USA mit der Türkei sowie bislang Aserbeidschan und Georgien verbunden. Auf der anderen Seite stehen Rußland, Iran, Armenien und mit Einschränkungen Turkmenistan. Zu dieser besorgniserregenden Situation gesellt sich noch jene im Innern der ehemaligen mittelasiati-

schen Sowjetrepubliken. Hier eignen sich winzige Eliten, Clans und Oligarchien die Reichtümer an. Gleichzeitig wächst das soziale Elend der breiten Bevölkerung. Menschenrechtsverletzungen, religiöse und ethnische Spannungen sind an der Tagesordnung. Jeder Staat ist hier politisch und in seinen Interessen verwundbar.

Die Instrumentalisierung dieser Problemlagen durch von außen kommende Interessen kann zur Destabilisierung und Spannung in der gesamten Region führen. Es sind alle Voraussetzungen und Bedingungen gegeben, daß hier eine „Zweite Golfregion“ samt ihrer Dauerkrise entsteht. Ohne vorbeugende politische Maßnahmen wird die Entwicklung in der kaspischen Region zweifellos diese Richtung einschlagen. Die Rücksichtslosigkeit der amerikanischen Außen- und Wirtschaftspolitik gegenüber Rußland erfüllt mit Sorge. Hier ist denkbar, daß längerfristig ein gedemütigtes Rußland mit Indien und China ein Dreierbündnis schmieden könnte, um einem US-dominierten NATO-Europa besser Paroli bieten zu können.

Das aber könnte einen neuerlichen Ost-West-Konflikt mit rasant wachsender Aufrüstung bedeuten und in einen Weltkrieg um die Energieressourcen einmünden. Denn der weltweite Verbrauch fossiler Energieressourcen wird - bleibt er so hoch wie bisher - ohne jeden Zweifel in absehbarer Zeit auf jenen Bereich zusteuern, in dem sich die Kurven abnehmender Verfügbarkeit und hohen Verbrauchs immer näher kommen und schließlich kreuzen⁶³⁾. Der international renommierte Ölexperte Campbell weist daraufhin, daß die Zeit der Erschließung großer, neuer Ölvorkommen vorbei ist. Sie erreichte ihren Höhepunkt bereits in den sechziger Jahren und ist seitdem stetig zurückgegangen. Das Ende des billigen Erdöls rückt in greifbare Nähe. Seine Argumentation: vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist nicht das Gesamtvolumen des weltweit vorhandenen Erdöls wichtig, sondern der Zeitpunkt, an dem die Welterdölförderung ihren Gipfelpunkt erreicht. Er ist erreicht, wenn die Hälfte des konventionellen Erdöls gefördert ist. Danach fällt die Förderung Stück für Stück. Da der Verbrauch wachsen wird, werden gleichzeitig die Preise steigen. Der Gipfelpunkt der Welterdölförderung dürfte nach Campbell bereits 2005 erreicht sein. Gleichzeitig wird, so dieser Experte, die Abhängigkeit von den fünf OPEC-Mitgliedern im Nahen Osten (Saudi-Arabien, Kuwait, Emirate, Iran, Irak) wachsen, da hier zwei Drittel der weltweiten Ölvorkommen liegen^{63a)}. Ihr Marktanteil wird steigen. Ein anderer Fachmann rechnet mit dem Gipfelpunkt der Welterdölförderung erst eher zwischen 2015 und 2020⁶⁴⁾. Wie dem auch sei, es spricht jedenfalls einiges dafür, daß in absehbarer Zeit die Erdölindustrie und die gesamte Weltwirtschaft mit gewaltigen Erschütterungen rechnen muß. Wachsende Energieengpässe führen zu wirtschaftlichen und innergesellschaftlichen Verwerfungen, zu rasch steigender Arbeitslosigkeit und immer weniger bezahlbaren Energiepreisen. Diese Krise wird nicht nur die Länder der Dritten Welt, sondern gerade die weltweit führenden und „energiefressenden“ Industriestaaten treffen. Eine solch tiefgreifende Energiekrise kann geradewegs in kriegerische Konflikte auch um das Öl am Kaspischen Meer einmünden. Und dann ist es sehr wahrscheinlich, daß die Europäische Union in derartige Auseinandersetzungen hineingezogen wird. Schließlich lehrt die Geschichte, daß immer wieder Kriege um den Zugang und Besitz von Rohstoffen geführt worden sind.

Vor diesem Hintergrund ist eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung unabdingbar⁶⁵⁾. Sie kann es ohne Russland nicht geben. Die Bereitschaft dafür ist dort vorhanden. Russland seinerseits muß aber auch in der kaspischen Region hegemoniale Ansprüche aufgeben und die Nachfolgestaaten der Sowjetrepubliken als gleichwertig anerkennen. Sein Einfluß

in der Region wird nur zunehmen, wenn es das anerkennt. Auch der Iran müßte in eine solche Friedensordnung eingebunden werden, da seine Stimme Gewicht in der Region hat und durch ihn mäßigend auf die Islamisten im Nordkaukasus eingewirkt werden könnte. Geeignete Grundlage für eine solche Politik ist die OSZE. Sie ist hierfür im Sinne eines wirksamen regionalen Systems kollektiver Sicherheit auszugestalten. Unvereinbar mit einem solchen System ist jedoch die Ausdehnung der NATO auf immer mehr Staaten, gerade auch im Krisengebiet von Kaukasus und Mittelasien. Europa wird sich daher von der Vormundschaft der USA, die sich auch militärisch in der NATO widerspiegelt, lösen müssen⁶⁶⁾.

Unabhängig von diesen Überlegungen ist bereits kurzfristig die Rolle der OSZE in der kaspischen Region zu stärken. Daran sind die hier versammelten Staaten seit geraumer Zeit interessiert. Die OSZE hat sich bereits einiges Vertrauen bei ihren Missionen in der Umgebung - so etwa in Georgien und Tschetschenien - erworben. Eine Stärkung der Rolle der OSZE kann auch Rußland nicht provozieren. Es fordert selbst seit längerem eine Aufwertung der OSZE. Hierfür muß die Organisation aber personell und finanziell besser ausgestattet werden. Erste Zeichen hierfür sind mit der auf OSZE-Gipfel in Istanbul am 18./19.11.1999 verabschiedeten Sicherheitscharta gesetzt worden. Sie ist das wichtigste Dokument dieses Gipfels. Politisch am bedeutsamsten sind ihre Beschlüsse über die Schaffung neuer Instrumente, die der OSZE eine bessere Koordination ihrer verschiedenen Einzelmissionen und ein schnelleres und wirkungsvolleres Eingreifen in Krisen ermöglichen sollen. Erneut bekräftigt wurde - wie bereits auf vorherigen Gipfelkonferenzen - die im Grundsatz gebilligte Aufstellung von OSZE-Friedenstruppen. Diese Absicht ist aber bislang aus bekannten Gründen gescheitert.

Eine dauerhaft friedliche Zukunft wird sich aber nur erreichen lassen, wenn man die gesamteuropäische Sicherheitsstruktur zielstrebig mit der Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft verbindet. Ohne innergesellschaftlichen Frieden ist auf Dauer auch kein äußerer Friede zwischen den Völkern zu erreichen. Vordringlich muß dafür in Mittelasien, insbesondere aber im Kaukasus das größte Problem gelöst werden: wie der Grundsatz der territorialen Unverletzlichkeit eines Staates mit dem Selbstbestimmungsrecht eines Volkes oder einer Minderheit, die von einer Mehrheit einer anderen Bevölkerung umgeben ist, in Einklang zu bringen ist. Hinzu wird eine gerechte Weltwirtschaftsordnung kommen müssen. Hierfür werden sich die Staaten der Europäischen Union einsetzen müssen. Zu einer solchen Weltwirtschaftsordnung gehören - die kaspische Region eingeschlossen - stabile Energierohstoffpreise, eine sparsame Bewirtschaftung der kostbaren fossilen Energierohstoffe, ein nachhaltiger Klimaschutz und der Aufbruch in die Solarwirtschaft. Das gilt auch dann, wenn dafür Macht und Einfluß der Energiekonzerne, die über ihre marktbeherrschende Stellung die Erzeugerpreise drücken und den Raubbau forcieren, eingeschränkt werden müssen. Sie sind mit verantwortlich für den bis vor kurzem anhaltenden, dramatischen Verfall der Ölpreise. Die Staaten der kaspischen Region wird es hart treffen, sollten die seit geraumer Zeit wieder angestiegenen Ölpreise erneut fallen oder auf niedrigem Niveau verharren.

Die Gefahren internationaler Verwicklungen, Krisen und Kriege werden in der kaspischen Region und in Mittelasien wieder wachsen, wenn es nicht gelingt, daß Ruder herumzuwerfen. Die Zeit drängt. Die Gegenwart zeigt bereits die blutigen Züge der Vergangenheit.

8. Nachtrag - Aktuelle Entwicklungen nach der Wahl von Wladimir Putin zum neuen Präsidenten Russlands

Der vorstehende Beitrag beruht im Wesentlichen auf Informationen bis zum Ende des Jahres 1999. Seit dem Machtwechsel von Jelzin zu Putin am 31.12.1999 hat eine neue politische Ära begonnen. Ein grundlegender Wandel beginnt sich abzuzeichnen, dessen Tragfähigkeit und längerfristigen Auswirkungen international wie auch für die kaspische Konfliktregion noch nicht abzusehen ist. Putin hat zielstrebig damit begonnen, ein straff geführtes Präsidentsialregime mit altgedienten Geheimdienstoffizieren in Schlüsselpositionen aufzubauen. Das Militär und die Geheimdienste - aus deren Mitte er selbst stammt - sind stärker denn je in die Politik eingebunden⁶⁷⁾. Damit wird der Übergang der Macht zum militärisch-geheimdienstlichen Sektor deutlich. Er beruht darauf, dass Russland aus der Balkan-Politik mit Beginn des Kosovo-Krieges ausgeschlossen worden ist, er geht ferner einher mit der Ost-Erweiterung der NATO und der Ablösung der früheren Sowjetrepubliken am Kaukasus und in Zentralasien aus der traditionellen Bindung an Moskau. Gerade letzteres hat die Opposition Russlands gegen den Unilateralismus der USA anwachsen lassen. Die Interessenpolitik der USA gegenüber den an Energierohstoffen reichen mittelasiatischen Ländern wird von Russland als demütigende Expansionsstrategie verstanden⁶⁸⁾. Im Gegensatz zur Osterweiterung der NATO wird die Ausdehnung der EU nicht als Bedrohung eingestuft. Russland beobachtet aufmerksam, ob sich die EU zu einem eigenständigen Machtzentrum entwickeln und inwieweit sie sich von den USA emanzipieren wird⁶⁷⁾.

Inzwischen hat Russland eine nach allen Seiten hin offenen politischen Neuanfang mit mehreren Schwerpunkten eingeleitet⁶⁷⁾:

1. Russland hat einen neuen Abrüstungsdialog mit den USA eingeleitet. Er wurde dadurch eröffnet, daß Russland den Start-II Vertrag und den Atomteststoppvertrag ratifiziert und den USA den Vorschlag unterbreitet hat, gemeinsam eine Raketenabwehr (NMD) zu entwickeln. Die USA wurden davon überrascht und in Zugzwang gebracht. Einzelne Beobachter sind hier der Ansicht, daß dieser Dialog - vorausgesetzt, er verläuft erfolgreich - sogar langfristig die Perspektive einer Mitgliedschaft Russlands in der NATO eröffnen könnte.

2. Russland hat durch die Ankündigung einer radikalen Wirtschaftsöffnung den Wettlauf um strategische Marktanteile anwachsen lassen. Die tonangebenden Wirtschaftskreise in der EU sind zu Putins engsten Verbündeten geworden. Sie drängen ihre Regierungen, mit Russland handelseinig zu werden.

Für Putin stehen gemeinsame Rüstungsprojekte und der Bau eines euro-asiatischen Transportkorridors über russisches Gebiet im Vordergrund seiner Gespräche mit der EU. Russland ist ernsthaft darüber in Sorge, daß es isoliert werden könnte durch die von der EU verfolgte Strategie der Verlegung neuer Pipeline-, Transport- und Kommunikationsverbindungen in und aus dem Kaspischen Raum nach Europa und Asien.

Langfristiges Strategieziel Putins ist die Mitgliedschaft Russlands in der EU.

3. In der russischen Außenpolitik rangiert die GUS-Integration wieder an vorderster Stelle. Putin ist es gelungen, GUS-Mitglieder wie die Ukraine, Usbekistan und Turkmenien wieder für eine neue Zusammenarbeit zu interessieren. Die GUUAM ist dadurch wieder in Vergessenheit geraten. In Zentralasien ist unter Beteiligung von Russland, China, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan eine neue sicherheitspolitische Allianz gegen den „islamischen Extremismus“ entstanden.

4. Die russische Politik am Kaspischen Meer hat sich grundlegend geändert. Putin hat die Vorstände der Energiekonzerne „Gazprom“, „Lukoil“ und „Jukos“ an die Kandare genommen, in eine gemeinsame staatliche Strategie am Kaspischen Meer eingebunden und allen Ländern Zentral- und Mittelasiens das russische Pipelinennetz vollständig geöffnet. Seitdem ist der amerikanische Einfluss in der Region merklich zurückgegangen. Das wurde bereits auf der Zentralasienkonferenz des Schweizer Weltwirtschaftsforums im kasachischen Almaty in der letzten Aprilwoche dieses Jahres sehr deutlich⁶¹⁾. Russland hatte bisher jahrelang versucht, die Abhängigkeit der Öl- und Gasexportländer wie Kasachstan, Turkmenien und Aserbeidschan vom russischen Pipelinennetz zu erhalten. Zugleich schürte es ethnische Konflikte im Südkaukasus, um die von den USA mit Nachdruck betriebene Verlegung von alternativen Pipelinerrouten zu verhindern. Auf der anderen Seite forderte Russland von diesen Staaten erhöhte Transittarife und öffnete ihnen nur begrenzt den Zugang zu den Pipelines. Das hatte zur Folge, daß die Staaten sich erst recht auf die USA zu bewegten und sich der NATO öffneten.

5. Putin hat, bisher vom Westen wenig beachtet, eine neue Asienpolitik gestartet. Noch in diesem Jahr wird er China und Indien besuchen. Mit beiden Staaten strebt er eine neue wirtschaftliche Zusammenarbeit an. Aus der Sichtweise Russlands benötigt es diese beiden Großmächte, um sich erfolgreich gegen die Ansprüche der Weltführungsmacht USA zur Wehr setzen zu können.

9. Literaturlauswahl

1. Simonitsch, Pierre: Der Balkan als Teil eines politischen Erdbebengürtels; in: Frankfurter Rundschau Nr. 97, S. 5 vom 27.04.1999;
2. Gitermann, Valentin: Geschichte Rußlands, Band I - III, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 1949;
3. Semjonow, Juri: Erdöl aus dem Osten - Die Geschichte der Erdöl- und Erdgasindustrie in der Sowjetunion, Econ-Verlag, Düsseldorf/Wien 1973;
4. Suhling, Lothar: Erdöl und Erdölprodukte in der Geschichte; in: Deutsches Museum, Abhandlungen und Berichte, Heft 2/3, S. 86 ff, München 1975;
5. Grobe-Hagel, Karl: Rußlands Dritte Welt, ISP-Verlag, Frankfurt am Main 1992;
6. Kappeler, Andreas: Russland als Vielvölkerstaat - Entstehung, Geschichte, Zerfall, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt am Main 1993;
7. Dumas, Alexandre: Gefährliche Reise durch den wilden Kaukasus 1858 - 1859, Edition Erdmann in K.Thienemanns Verlag, Stuttgart 1995;

8. Bimboes, Detlef: Zündstoff Öl und Gas - alter und neuer Krisenherd am Kaspischen Meer, überarbeiteter Vortrag für die Frühjahrstagung der Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, Hannover 1999;
9. Launer, Ekkehard: Zum Beispiel Erdöl, 1. Auflage, S.8, Lamuv-Verlag, Göttingen 1991;
10. Massarrat, Mohssen: Das Dilemma der ökologischen Steuerreform, S.67, Metropolis-Verlag, Marburg 1998;
11. Rauch, Georg von: Geschichte der Sowjetunion, S.120, Kröner-Verlag, Stuttgart 1990;
- 11a. Eberhard Beckherrn/Alexej Dubatow: Öl im kaukasischen Feuer, S.72 ff, Bouvier Verlag, Bonn 1997;
12. DIERCKE-Weltwirtschaftsatlas 1 - Rohstoffe, Agrarprodukte, S.51, dtv-Westermann Verlag, Braunschweig 1981;
13. Arnold, Klaus: Wirtschaftsgeographie in Stichworten, S.92, Hirt-Verlag, Berlin-Stuttgart 1992;
14. Radandt, Hans et al.(Hrsg): Handbuch Wirtschaftsgeschichte, Bd.2, S.1013, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1981 und verlag das europäische buch, westberlin 1981;
15. Kuchler, Falk: Die Wirtschaft der DDR, S. 93ff., FIDES-Verlag, Berlin 1997;
16. Walker, Martin: China und die neue Epoche der Rohstoffverknappung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr.7, S. 850, Bonn 1996;
17. Frankfurter Rundschau, S.15 vom 10.11.1995 und S.13 vom 04.08.1999;
18. Alexander von Humboldts Reise durchs Baltikum nach Russland und Sibirien 1829, S.148, Edition Erdmann in K.Thienemanns Verlag, Stuttgart 1983;
19. Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion: Zukunftsregion Kaspisches Meer, Bonn im Juni 1998;
20. International Energy Agency: Caspian Oil and Gas, The Supply Potential of Central Asia and Transcaucasia, OECD-Verlag, Bonn 1998;
21. Castro, Fidel: Wenn wir überleben wollen, S. 19 und S. 196 ff., Weltkreis-Verlag, Dortmund 1984;
22. Massarat, Mohssen, a.a.O., S.78 ff.;
23. Scheer, Hermann: vom unaufhaltsamen Aufstieg der NATO; in: Frankfurter Rundschau Nr.92, S.9 vom 21.04.1999;
24. Unter Mitverwendung des Positionspapiers der SPD-Bundestagsfraktion: Zukunftsregion Kaspisches Meer, Bonn im Juni 1998;
25. Donald E. Fink: Availability of Strategic Materials, in: Aviation Week and Space Technology v. 05.05.1990; zitiert in: Scheer, Hermann: Solare Weltwirtschaft - Strategie für die Ökologische Moderne, S.111, Verlag Antje Kunstmann, München 1999;
26. Brzezinski, Zbigniew: Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft, S.188, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a.M. 1999;
27. Ronnefeldt, Clemens: Stärkung des Rechts statt Recht des Stärkeren - ein ziviles Europa muß die amerikanische Politik korrigieren, in: Presseerklärung/Artikeldienst des Versöhnungsbund e.V. vom 14.01.1999;
28. Scheer, Hermann: NATO-Erweiterung bis nach Asien?, in: die tageszeitung Nr.105 vom 07.05.1999;
29. „NATO-Enge Umarmung“: Der Spiegel Nr.27, S.139ff vom 05.07.1999;

30. DIW-Diskussionspapier Nr.171: Die Energiewirtschaft am Kaspischen Meer: Enttäuschte Erwartungen - unsichere Perspektiven, Berlin, Juli 1998;
31. Alexandrowa, Olga: Russland und die GUS, in: Wissenschaft und Frieden, S.12, Nr.2/2000;
32. Freitag-Wirminghaus, Rainer: Südkasien und die Erdöl-Problematik am Kaspischen Meer, S.261, in: Gerhard Mangott (Hrsg.): Brennpunkt Südkaukasus, Laxemburger Internationale Studie 14, Wilhelm Braumüller Verlag, Wien 1999;
33. Götz, Roland: Geopolitische Rivalen oder Partner? Rußland und China in der Region des Kaspischen Meeres, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr.10/1998;
34. Mac Farlane, S. Neil: Amerikanische Politik in Zentralasien und im Transkaukasus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament - Nr.B 43 - 44/98 vom 16.10.1998;
35. Müller, F.: Ökonomische und politische Kooperation im Kaspischen Raum, in: siehe unter Nr. 34;
36. „Eine Ölleitung von Kasachstan zum Schwarzen Meer“, in: Neue Zürcher Zeitung vom 27.05.1999;
37. Kreikemeyer, A.: Konflikt und Kooperation in der Kaspischen Region, in: siehe unter Nr. 34;
38. Halbach, Uwe: Die „Kaspische Region“ in der internationalen Wahrnehmung, S. 5, Beitrag für die Fachkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung: Öl und Gas im Kaspischen Raum - Geopolitik und regionale Sicherheit, Museum Karlshorst, Berlin 23. - 25.1.1998;
39. Grobe, Karl: Karabach-Streit als Motiv? Hintergrund des Attentats in Armenien bleibt unklar, in: Frankfurter Rundschau, S.2 vom 29.10.1999;
40. Reisner, Oliver: Die Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen der nationalen Bewegung in Georgien bis 1921, S.63, in: Uwe Halbach/Andreas Kappeler (Hrsg.): Krisenherd Kaukasus, Nomos - Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1995;
41. Neef, Christian: Der Kaukasus - Russlands offene Wunde, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1997;
42. Meyer, Gert: Der Krieg in Tschetschenien, in: „Z“ Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 42, S.76 vom Juni 2000;
43. Selmeier, Franz: Eisen, Kohle und Dampf - die Schrittmacher der industriellen Revolution, S.78, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg 1984;
44. Hinweis von Wolfgang Leonhardt in einem Interviewbeitrag in der Sendung „der Tag“ vom 24.08.1999 des Hessischen Rundfunks (HR1) zum aktuellen Thema Dagestan;
45. Halbach, Uwe: Russlands Auseinandersetzung mit Tschetschenien, S.26, Bericht des BIOst Nr.61/1994;
46. Kappeler, Andreas, a.a.O, S.300 ff;
47. Bimboes, Detlef: Unruhen in Dagestan, in: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 109, 1999;
48. Info-Radio Berlin, Forum zu Tschetschenien am 21.11.1999 von 14.00-15.00 Uhr, unter Mitwirkung von Alexander Rahr (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) und Willy Wimmer (CDU, Vize-Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE);
49. Segbers, Klaus: Wir haben dort schon ein Pulverfass, in: Frankfurter Rundschau Nr.283, S.8 vom 4.12.1999;

50. Hassel, Florian: Kein Krieg aus der Portokasse, in: Frankfurter Rundschau, S.1 vom 16.10.1999;
51. Wagner, Claudia: Die Beziehungen zwischen Groznyj und Moskau in der Zwischenkriegszeit, S.14 ff., in Manfred Sapper Hrsg.): Russland und der zweite Tschetschenienkrieg, Untersuchungen des FKKS 22, Universität Mannheim 1999;
52. Freitag-Wirminghaus, a.a.O, S. 275;
53. Rahr, Alexander: Russlands Krieg in Tschetschenien - Hintergründe, Machenschaften, Perspektiven, Aktuelle Kurzanalyse Nr.11 des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn 1995;
54. Watzlawek, Georg: Bakus Öl-Bonanza bleibt ein Traum; in: Handelsblatt Nr.50, S.9 vom 12./13.03.1999;
55. Sarkis, Nicolas: Die nächste Ölkrise kommt bestimmt, in: Le Monde diplomatique Nr.3, S.1ff., März 2000;
56. „OPEC dreht den Erdölhahn auf“, in: Frankfurter Rundschau Nr.75, S.15 vom 29.03.2000 und „OPEC-Staaten geben dem Druck der USA nach“: in Frankfurter Rundschau Nr.76, S.1 vom 30.03.2000;
57. „Kasachstans Präsident hat große Ölräume“ und „Neue Pipelines für Ölfunde im Kaspischen Meer“, in: Handelsblatt Nr.84, S.13 vom 02.05.2000;
58. „Bau von neuen Gas- und Öl-Leitungen zum Mittelmeer ist perfekt“, in: Handelsblatt Nr.226, S.56 vom 22.11.1999;
59. „Bauvertrag für eine Ölpipeline im Kaukasus“ in: Neue Zürcher Zeitung Nr.101, S.3 vom 02.05.2000;
60. „Aserbeidschan einigt sich mit Georgien über Pipeline“, in: Frankfurter Rundschau Nr.71, S.2 vom 24.03.2000;
61. Thumann, Michael: Amerika guckt in die Röhre, in: Die Zeit Nr.19, S.7 vom 04.05.2000;
62. A. R.: Verflogene Erdöl-Euphorie am Kaspischen Meer; in: Neue Zürcher Zeitung, Nr.89, S.5 vom 19.04.1999;
63. Scheer, Hermann: Es droht das grösste Gemetzel seit Menschengedenken, in: Frankfurter Rundschau Nr.235, S.11 vom 09.10.1999;
- 63a. OPEC - Am Tropf der Scheichs, in: Focus Nr.9/2000, S.304 ff.;
64. „In 15 Jahren eine neue Energiekrise“, Interview mit Fritz Vahrenholt in der FAZ Nr.15, S.3. vom 16.04.2000;
65. Lutz, Dieter S.: Dem Frieden dienen! Zur deutschen Sicherheitspolitik nach dem Krieg, in: Friedensgutachten 1999, LIT Verlag Münster 1999;
66. Bahr, Egon: Neue Probleme des Friedensschlusses am Ende dieses Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 108, 1999.
67. „Ein stabiles Russland?“ und „EU-Russland-Forum“, in: GUS-Barometer Nr.24 vom Juni 2000;
68. Grobe, Karl: Generalprobe im Kaukasus - Russlands Militärpolitik, in: Frankfurter Rundschau Nr.16, S.2 vom 20.01.2000.

Bearbeitungsschluss: 27.06.2000.

Der Beitrag ist die erweiterte Fassung eines Artikels für das Magazin Wissenschaft und Frieden Nr.2/2000.

Verfasser: Dr. Detlef Bimboes, geb.1946, Diplombiologe, lebt und arbeitet in Wiesbaden.